

Sozialistische Gruppe (SG)

Heft 4

Amerikas „War against Terrorism“

Termine S. 2, S. 39 u. S. 40

Der Gipfel von Genua:

**Die politische Agenda des Imperialismus, ihre verlogene
Präsentation und ihre Kritik durch militante Ignoranz** S. 11

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Intelligenz und Intelligenztheorie

Wie intelligent ist die Intelligenztheorie? S. 26

Geschichte als Argument

„Vergangen, vergessen, vorüber“: diese gelungene Alliteration aus dem Schatzkästlein traditionellen deutschen Liedgutes mag ein Historiker gar nicht leiden. Er sieht die Sache bekanntlich genau andersherum: Alles, was vergangen und vorüber ist, interessiert ihn brennend, damit es auch ja nicht in Vergessenheit gerate!

Fragt sich nur, *was* da nicht in Vergessenheit geraten soll? *Die* Vergangenheit: das ist *alles*, was einmal *war*. Das wissenschaftliche Interesse gilt demnach gar keinem *bestimmten Gegenstand*; vielmehr kürt ein höchst *äußerlicher Gesichtspunkt*, nämlich der, dass (irgend) etwas *vorbei* ist, die diversesten Sachen zum Objekt dieser Forschungsdisziplin: Hauptsache - und darin sind sie *eins* -, sie liegen ein kleineres oder größeres Stück vor dem Heute.

Die Dreifelderwirtschaft und die kapitalistische Industrialisierung, die Kultur der Merowinger und der Barbaren, die Überschreitung des Rubikon und der 2. Weltkrieg, der Islam im 17. Jhd. und die Kreuzzüge, auch alte Handschriften, Wappen, Münzen und Siegel - all das und noch viel mehr ist Gegenstand der Geschichtswissenschaft: *ein Gegenstand, der keinen anderen Zusammenhang hat als den eines Neben- bzw. Nacheinanders in der Zeit!*

Als abseitiges Orchideenfach, das alte facts, Scherben und Bräuche ausbuddelt, die bestenfalls für Kreuzworträtselfans, Quizkandidaten und andere Hobby-Byzantinisten interessant wären, will die Geschichtswissenschaft gleichwohl nicht gelten. Vielmehr soll die akribische Kenntnisnahme der Geschichte einen nicht zu knappen *Erkenntniswert* haben! Diese Überzeugung lebt von der Behauptung, dass Vergangenheit keineswegs etwas *nicht mehr Gültiges* ist - *dann* wäre es in der Tat purer Luxus (so ähnlich wie Briefmarkensammeln), im Staub der Geschichte rumzuturnen! -, sondern *höchste Bedeutsamkeit besitze*: für „den Menschen“, damit er keine „geschichtslosen Generationen“ hervorbringe, für das Heute, um aus dem Gestern vielleicht Lehren zu ziehen.

Bei soviel präntendierter Bedeutsamkeit muss schon die Rückfrage gestattet sein:

- Ist es nicht angebrachter, sich dem zuzuwenden, was heute gilt, und daraus „seine Lehren zu ziehen“, wenn man doch eh die „Aktualität“ des Gestrigen *nur am und im Heutigen* feststellen kann?
- Ist da der Verdacht nicht ganz unberechtigt, dass wenn man sich zur Aufklärung über das Heute das Gestern extra zu Gemüte führen *muss*, es dann wohl mit dem Heute herzlich wenig zu tun hat?
- Was ist denn eigentlich so schlimm an „geschichtslosen Generationen“? Fehlt denen nicht nur die Beweihräucherung einer *überzeitlichen Identität*, die sie offensichtlich nicht haben, da sie ja *gepflegt* werden muss?

Um die Fehler historischen Denkens und dessen nationalen Kern geht es beim öffentlichen Diskussionstermin der SG am:

Mittwoch, 31. Oktober 2001 ab 20 Uhr c.t.

Im Sprecherrat, Turnstraße 7, 1. OG, Erlangen

Amerikas „War against Terrorism“¹

1.

Eine politische Analyse der gigantischen Anschläge auf die Zentren der amerikanischen Macht gehörte sich in den Tagen danach nicht. Wer fragte, welche politischen Ziele die Attentäter verfolgen könnten, aus welchen Gründen sie eine so grundsätzliche Feindschaft gegen die USA hegen, geriet in den Verdacht, Verständnis für diese „Unmenschen“ wecken zu wollen oder gar selbst mit dem Terror zu sympathisieren. Diese „menschenverachtenden Untaten“ dürfen nicht als politische Taten beurteilt werden. Wer so argumentiert, verletzt – nach der gegenwärtigen political correctness – die Gebote der Menschlichkeit. In Bezug auf die „feigen Selbstmord-Attentäter“ gehört sich vollkommene Verständnislosigkeit: Das müssen „kranke Gehirne“ sein, die an „sinnlosen Wahnsinnstaten“ Gefallen finden, sich gezielt gegen „Unschuldige“ richten und sich durch Selbstmord auch noch der gerechten Strafe für ihre „teuflischen Pläne“ entziehen.

Was die Menschlichkeit verlangt, teilen uns die Verantwortlichen in der Regierung und den Medien mit. Sie organisieren die „völlig unpolitische“, persönlich empfundene Trauer und Betroffenheit des deutschen Staatsbürgers, der gar nicht betroffen ist. Eine radikale Mitleids-Berichterstattung schult den Fernsehzuschauer darin, sich in die Lage der Opfer in den Türmen des World Trade Center und in den Schmerz ihrer Familien hineinzufühlen, damit die gewünschte distanzlose Parteinahme für das wahre Opfer des Terrors herauskommt: die USA.

Arbeitgeber und Gewerkschaften, Bundesregierung und Kirchen ordnen Schweigeminuten, Arbeitsniederlegungen und Solidaritätsdemonstrationen an. Dabei verknüpfen die amtlichen Solidaritätsredner das Gedenken an die Opfer der Anschläge bruchlos mit der „Solidarität mit Amerika“ und schwören ihr Publikum so auf das Opfer ein, auf das es anzukommen hat, die „ins Mark getroffene Weltmacht“. „Heute sind wir alle Amerikaner“ verkünden sie und äußern jedes Verständnis für das Bedürfnis nach Vergeltung, zu der „die USA jedes Recht haben“. So kurz ist der Weg vom unpolitischen menschlichen Mitleid zur Befürwortung von neuer Gewalt und noch mehr Tod – nun aber organisiert von den befugten Tätern und absehbarerweise mit den richtigen Opfern, die unser Mitleid dann nicht verdienen.

2.

Die eigentlich Betroffenen – so erfährt man also aus den Medien – sind nicht die Opfer der Anschläge und deren Angehörige, sondern die Vereinigten Staaten selbst: Dieser Staat, der alles dafür tat, vor jedem Angriff von außen gefeit zu sein, ist verwundbar. Dem gilt das öffentliche Entsetzen in den USA. Wie es dazu kommt, dass Amerika sich solche Feinde zuzieht, interessiert nicht. Die Frage: Wieso hat Amerika solche Feinde? Oder gar: Wodurch hat sich Amerika solche Feinde geschaffen? wird gar nicht erst in Erwägung gezogen.² Die einzigen Fragen, die

Amerika beschäftigen, lauten: 1. Wie war es möglich, dass erstmals seit 1812 ein kriegerischer Akt das amerikanische Kernland treffen konnte? Und 2. Was muss Amerika tun, dass sich so etwas nie mehr wiederholt? – Allein schon das verrät einen maßlosen Standpunkt: Die USA wollen absolute Unverletzlichkeit. Die Supermacht fühlt sich schwach und schutzlos, solange sie nicht sicher gestellt hat, dass selbst zu Selbstmordattentaten bereite Geheimbünde keine Chance mehr haben. Es darf in der Welt niemanden geben, der sich traut, die USA anzugreifen, und dem das auch noch gelingt. Dieser maßlose Standpunkt – kein Terrorakt soll mehr gegen die USA möglich sein – wird zum Maßstab für eine neue Sicherheitsdoktrin ausgerufen, die Bush in "America's New War" durchsetzen will.

3.

Dabei verrät die Art des Angriffs durch gekaperte Verkehrsflugzeuge schon, wie unangefochten die Weltmacht ist. Für die Waffen der meisten Staaten ist dieser Kontinent schlicht unerreichbar; einem militärischen Gegenschlag Amerikas hätten sie nichts entgegensetzen. Umgekehrt haben sich die USA ein Arsenal zugelegt, das es ihnen erlaubt, überall auf der Welt mit überlegenen militärischen Mitteln zuzuschlagen, wenn es einem Staat einfallen sollte, einen Krieg gegen den Willen der USA zu führen. Zusätzlich verfügen sie über militärische Mittel, ihr eigenes Land weitgehend gegen militärische Angriffe von außen zu schützen. Darüber hinaus arbeiten sie an einem Raketenabwehrschirm, um ihre Unverletzlichkeit für künftige Kriege zu garantieren. Diese Unverwundbarkeit der Supermacht ist keineswegs nur defensiv gemeint. Amerika will sich damit vielmehr die einseitige Freiheit zum Krieg sichern. Alle anderen sollen verletzbar sein, sollen sich also vor den USA fürchten müssen. Umgekehrt will Amerika vor keinem potenziellen Gegner Angst haben. Die USA wollen das Risiko ausschließen, selbst entscheidend getroffen zu werden. Sie wollen sich nie in einer militärischen Lage befinden, in der sie sich möglicherweise selbst von einem Krieg abgeschreckt sehen, den sie für geboten halten. In dieser Weltlage ist es für alle anderen Staaten ratsam, sich mit Amerika nicht anzulegen, auch wenn *ihre nationalen Rechnungen nicht* aufgehen. Wie es einem Staat geht, der das trotzdem tut, das hat die Weltmacht im Krieg gegen den Irak exemplarisch vorgeführt: Dem Irak wurde nicht nur sein militärisches Arsenal zerstört, er wurde auch noch auf den Stand eines Entwicklungslandes zurückgebombt.³

4.

Mit dieser eindeutig geklärten Weltlage wollten sich die Urheber der Anschläge nicht abfinden. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass all ihren Ambitionen – welche auch immer das sein mögen – immer die überlegene ökonomische und militärische Macht der USA im Wege steht. Sie haben in der Weltmacht den Feind ausfindig gemacht, ohne dessen Schwächung nichts von dem geht, was sie sich als die Rechte ihrer Nation oder Völkerschaften einbilden. Aus der amerikanischen Überlegenheit über *staatliche* Feinde haben sie offenbar den Schluss gezogen: Wenn

die USA vor militärischen Angriffen durch *Staaten* sicher sind, dann geht nur noch eines: Feinde der USA müssen sich nichtstaatlich, also *privat* als geheime NGOs *ohne Adresse* organisieren. Angriffe aus der Position der Ohnmacht kommen nur als überraschende Terrorangriffe aus dem Hinterhalt gegen einen militärisch haushoch überlegenen Gegner durch: Kapern von Linienmaschinen durch Selbstmordkommandos und deren Umfunktionierung zu Massenvernichtungswaffen.

Mehr als ein *Kriegsersatz* ist das allerdings nicht. Sie haben zwar wie in einem richtigen Krieg ökonomische und militärische Schaltzentralen der Weltmacht getroffen. Sie haben gigantische Schäden angerichtet und Tausende von US-Bürgern getötet. Sie haben damit das normale Funktionieren des ökonomischen und politischen Lebens gestört. Aber dem *Kriegsersatz* fehlt das Wesentliche eines Krieges: Wozu sie die USA mit derartigen Aktionen erpressen wollen, welchen Willen der amerikanischen Regierung sie durch Terror brechen, welchen sie ihr aufzwingen wollen, bleibt im Dunkeln. Mit der Organisation als Geheimbund fehlt ihnen eben nicht nur die Adresse, sondern auch die zur normalen Kriegführung gehörige Diplomatie mit Forderungen, die mit den Gewaltschlägen durchgesetzt werden sollen. Was die Urheber der Anschläge auf das Welthandelszentrum und das Pentagon bewirkt haben, ist daher "nur" – das aber radikal erfolgreich – ein Schaden. Allerdings einer, den die Weltmacht nicht mehr – wie die Anschläge auf die Botschaften in Nairobi und Daressalam – unter die Kollateralschäden ihrer weltweiten Freiheits- und Friedensstiftung abbucht. "Schock" und "Entsetzen" ergeben sich aus einer *tatsächlichen* Erschütterung der Weltmacht Nr. 1: *Sie selbst*, die doch sonst alles Aufbegehren zur Ohnmacht verdammt, ist angreifbar: Die kleinste Lücke in ihrer Abschreckungsmacht, sogar die Verwundbarkeit durch private Organisationen, lassen Zweifel in die Haltbarkeit ihres weltumfassenden Ordnungssystems auftauchen, wenn sie darauf nicht überlegen und jeden Widerstand entmutigend antwortet. In Außenminister Fischers Worten: "Man darf die Weltmacht nicht ungestraft angreifen, sonst ist die ganze Ordnung gefährdet." So beschaffen ist das also, was man *Weltfrieden* nennt: Nur wenn die Abschreckungsmacht der USA umfassend ist, dann herrscht Frieden. Und genau dieser Frieden ist die Bedingung dafür, dass Vermehrung von Geld und Kredit, dass weltweiter Kapitalismus der unausweichliche "*Sachzwang*" für die gesamte Welt *ist*.

5.

Die USA haben aus dem Terroranschlag auf ihr unverwundbar geglaubtes Territorium die Lehre gezogen, dass sie auch noch das letzte "Fenster der Verwundbarkeit" schließen müssen. Wenn das amerikanische Gewaltmonopol über die Welt und die Unangreifbarkeit der USA durch Staaten schon so weit gediehen ist, dass sich nur noch private Geheimbünde anzugreifen trauen, dann müssen die USA ihr Gewaltmonopol auch noch auf das *Innenleben* der anderen Staaten ausdehnen. Sie erklären sich für ohnmächtig, solange sie "bloß" die Staaten im Griff haben. Ihre

Macht ist erst dann fertig, wenn sich niemand – auch keine privaten Geheimbünde – mehr gegen die amerikanische Weltordnung aufzulehnen traut. Also beanspruchen sie auch unterhalb der staatlichen Ebene den direkten Zugriff auf alle Länder, um sicher vor anti-amerikanischen Kommandos zu sein. Mit dem maßlosen Anspruch totaler Sicherheit vor allen terroristischen Angriffen geht Amerika künftig auf die Welt los: Alle Staaten werden in die Pflicht genommen, die Feinde der USA zu verfolgen und auszurotten. Sie haben die eigene Souveränität dafür zu benutzen, die Übermacht Amerikas über den Globus und damit über sich selbst zu zementieren. Den Staaten wird der Widerspruch zugemutet, ihre Souveränität nicht zur Mehrung ihrer *eigenen* Macht und ihres *eigenen* Reichtums einzusetzen, sondern dafür, dass niemand von ihrem Boden aus einen Kampf gegen die amerikanische Weltordnung führt, die ihre Macht und ihren Reichtum beschränkt. Sie werden daran gemessen, ob und wie sie diesem Auftrag nachkommen. Wer sich diesem Anspruch verweigert, ist künftig ein Feind und steht unter einer Kriegsdrohung von Seiten der USA.

6.

Auf ihre Definition, dass es sich bei dem Terroranschlag um eine Kriegserklärung an die „freie Welt“ handelt, und dass als Antwort darauf nur ein Krieg gegen den Terrorismus, also gegen anti-amerikanische Umtriebe auf der ganzen Welt, in Frage kommt, verpflichten die USA ihre Verbündeten, indem sie die Aktivierung des Artikel 5 des NATO-Vertrags einfordern. Dieser Artikel sieht den Bündnisfall vor, wenn ein NATO-Mitglied Ziel einer kriegerischen Aktion von außen wird. Dieser Artikel diene als Instrument im „Kalten Krieg“, nämlich zur Herstellung einer Einheitsfront der „freien Welt“ gegen die Sowjetunion, falls die es wagen sollte, einen Bündnispartner anzugreifen. Mit der Forderung nach Feststellung des Bündnisfalles haben die NATO-Partner den Angriff auf die USA als Angriff auf sich zu werten und sich das Sicherheitsbedürfnis der USA als ihr erstes und oberstes Interesse, dem alle nationalen Kalkulationen untergeordnet zu werden haben, einleuchten zu lassen. Der Verteidigungsfall, die Behauptung des höchsten Gutes eines Staates - seine Souveränität - gegen Außen, ist von den USA auf die Tagesordnung des Bündnisses gesetzt, ohne dass überhaupt feststeht, wer denn der Angreifer ist. Die Führungsmacht USA macht den Bündnispartnern klar, dass sie sich vorbehält zu bestimmen, wer überhaupt (ob Staat oder Geheimbund) als Feind zu betrachten ist, was das dann für die fälligen Vergeltungsaktionen und daraus abgeleitet praktisch für die Bündnispartner hinsichtlich eines militärischen und politischen Beitrags heißt. Auf jeden Fall sollen sie sich darauf einstellen, dass der fällige „War against Terrorism“ nicht mit einmaligen Kriegsaktionen zu gewinnen sei, sondern ein „langwieriger Feldzug“ ist, in dem eine Neusortierung der Staatenwelt danach ansteht, ob sie „für oder gegen uns“ sind.

7.

Diese Inpflichtnahme durch die USA stößt bei den Verbündeten keineswegs auf Ablehnung. Haben sie doch schon unmittelbar nach den Anschlägen sich als tief „betroffen“ und ihre tiefste Anteilnahme für das Opfer Amerika gezeigt. So verkündete Schröder in seiner ersten Regierungserklärung am „Tag danach“: *„Ich habe ihm [Bush] auch die uneingeschränkte – ich betone: die uneingeschränkte – Solidarität Deutschlands zugesichert. [...] Ich habe noch gestern Abend mit dem französischen Staatspräsidenten Chirac und Ministerpräsident Jospin, mit dem britischen Premierminister Blair [...] gesprochen. Wir sind uns in der Bewertung einig, dass diese Terrorakte eine Kriegserklärung an die freie Welt bedeuten.“* Diese Einmütigkeit der Europäer in der Solidarität zu ihrem Seniorpartner ist ja auch kein Wunder: Weltweit stehen die USA als Garant ihrer Weltordnung für die politische und ökonomische Geschäftsgrundlage gerade, von der vor allem auch die europäischen Mitmacher profitieren. Eine solche Weltordnung erfordert einen beträchtlichen Aufwand an Gewalt, eine Aufgabe, für die in erster Linie die USA zuständig sind. Immer, wenn es um die – im US-Verständnis – „Drecksarbeit“ geht, versteht sich aber gerade Deutschland auf die Kunst, dazu eine Position der vornehmen Distanz einzunehmen und sich als eine Macht zu präsentieren, die natürlich alles viel geschickter und „mit friedlichen Mitteln“ in Ordnung gebracht hätte. Dieses Deutschland, das in Wahrheit Trittbrettfahrer amerikanischer Ordnungsstiftung ist, präsentiert sich dann als eine mächtigende Kraft, deren „Angebote“ den betroffenen Staaten doch viel eher einleuchten müssten – „Angebote“, die natürlich auch nichts anderes beinhalten, als sich mehr an den politischen Intentionen Deutschlands auszurichten und ihm neue Geschäftsmöglichkeiten zu eröffnen. Auf diese Art und Weise haben sich Deutschland und die EU – unter dem Schuttschirm Amerikas – in aller Welt ausgebreitet und sich zum ernstesten Konkurrenten Amerikas hochgearbeitet. Darum ist auch sehr verständlich, dass sich Schröder und Blair als Mitbetroffene der Anschläge bezeichnen und ihre „Solidarität“ beteuern: Wenn die Abschreckungsfähigkeit Amerikas beschädigt wird, die auch die Grundlage für die Machtentfaltung und ökonomische Kraft der Juniorpartner darstellt, dann sind auch letztere geschädigt. Der seitens Amerikas ausgerichtete „War against Terrorism“ ist also auch ihre Sache.

8.

Nur als bloße Inpflichtnahme durch die amerikanische Führungsmacht wollen die Verbündeten ihren Beitrag zum „Krieg gegen den Terrorismus“ auch nicht verstanden haben. Die Antwort auf den „Attack on America“ soll schon eine des westlichen *Bündnisses* sein und nicht ein amerikanischer Alleingang, bei dem die NATO-Partner lediglich assistieren dürfen. So weigert sich Deutschland nicht, unter Führung der USA bei anstehenden Schlächtereien und Erpressungen von Staaten mitzumachen. Aber mit dem Mitmachen soll dann schon so etwas wie ein Mitspracherecht verknüpft sein. Unter Berufung auf die von Washington eingefor-

derte Zuständigkeit der NATO gemäß Artikel 5 gestattet sich der Kanzler ein paar gutgemeinte Bedenklichkeiten unter befreundeten Bündnispartnern.

Schröder verdeutlichte am 19. September in seiner Regierungserklärung die nach dem ersten Schock und Entsetzen über den Anschlag auf die Weltführungsmacht wiedergewonnene nationale Einsicht, dass man mit den Amerikanern in einem Boot sitzt, aber *auch* als deren *Konkurrent*: „Bei diesen Entscheidungen lassen wir uns einzig von einem Ziel leiten, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes inmitten einer freien Welt zu sichern.“ Zunächst also – nach der natürlich allfälligen Solidaritätsadresse und der Betonung der Freundschaft – die Feststellung, dass Deutschland seine eigenen Interessen hat, auf die Schröder in allen – vor allem natürlich den existentiellen – Fragen pocht. Und für die gesamte „freie Welt“ macht sich Schröder gleich mit-zuständig. Und weiter: „Natürlich: Jedes Recht korrespondiert mit Pflicht. Aber umgekehrt gilt: Auch mit einer Bündnispflicht korrespondiert ein Recht. Und das heißt: Information und Konsultation.“ Schröder besteht also darauf, dass Deutschland sich bei aller Freundschaft und Dankbarkeit zu Amerika nicht zum bloßen Erfüllungsgehilfen eines amerikanischen Feldzugs degradieren lassen will, dessen Ziele und Mittel – und damit auch dessen eventuelle Folgen für alle Mitmacher – alleine die USA bestimmen. Mit „Information“ und „Konsultation“ fordert er eine Mitbestimmung für Deutschland und Europa ein. „Zu Risiken, auch im Militärischen ist Deutschland bereit, zu Abenteuern nicht. Diese werden von uns dank der besonnenen Haltung der amerikanischen Regierung auch nicht verlangt und sicher auch nicht verlangt werden.“ Im ersten Satz traut der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten Abenteuererturn zu, er kann sich also amerikanische Reaktionen vorstellen, die Deutschland vor das Problem stellen, mit den Konsequenzen eines von Amerika geführten Krieges leben zu müssen. Das könnte die deutsche Sicherheitslage negativ beeinflussen, ohne dass Deutschland darüber mitbestimmt. Schröder unterstellt Amerika – unmittelbar nach der Beteuerung seiner „Solidarität“ – einen ziemlich starken Drang zu „Abenteuern“, die durch deutsche Mitwirkung vermieden werden müssen. Zugleich weiß ein Schröder aber auch, dass er von den Beschlüssen Amerikas *abhängig* ist, dass er aus eigener Kraft eine solche „besonnene Haltung“ Amerikas nicht herstellen kann. Mit der Feststellung im zweiten Satz, dass von Deutschland auch gar keine Abenteuer verlangt seien, tut er so, als sei die gerade so eingeforderte Mitbestimmung Deutschlands bereits gegessen. Unterstellt ist hierbei, dass das Kräfteverhältnis zwischen den USA und Europa eindeutig verteilt ist: Wenn Amerika einen „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ nicht nur beschließt, sondern auch beginnt und durchführt, dann kann es das weitgehend aus eigener Machtvollkommenheit tun. Für Gewaltaktionen jeder Größenordnung besitzen die USA die entsprechenden Gewaltmittel selbst und sie sind für die von ihnen ausgerufenen Kriege nicht unbedingt auf die militärische Unterstützung ihrer Juniorpartner angewiesen. Letztere sind folglich bis auf weiteres darauf verwiesen, dass Amerika sie nicht einfach mit Beschlüssen und deren Konsequenzen konfrontiert, sondern an

seinen Kalkulationen und Aktionen beteiligt. Dies fordern Schröder und seine europäischen Kollegen ein, indem sie Amerika die Hilfsdienste bei seinem Krieg anbieten, die es von ihnen erwartet. Die USA könnten zwar ihren Krieg auch allein führen. Lieber ist es ihnen allerdings, dass die Bündnispartner sie in ihrem Krieg unterstützen. Denn auch die überlegene amerikanische Macht tut sich leichter, wenn sie auf die politische Rückendeckung Europas und die Benutzung z.B. Deutschlands als „logistischer Drehscheibe“ zählen kann. Für diese Unterstützung erhofft sich Schröder von den Amerikanern Mitbestimmung bei Kriegsplanung und -durchführung.

9.

Nach viel Betroffenheit und Entsetzen und „Schulterschluss mit Amerika“ machen sich in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend kritische Einwände breit. Da werden Professoren und sonstige Experten mit hämischen Befunden vorgeführt, dass die USA sich diese Anschläge doch aufgrund ihrer vielfältigen, weltweiten Machtentfaltung selbst zuzuschreiben hätten. Was sich erst anhört wie die Suche nach objektiven Gründen für die Feindschaft, aus der solche Anschläge erwachsen, entpuppt sich schnell als moralische Begründung für euro-imperialistische Einsprüche: Wer nämlich die ganze Zeit nur erzählen will, dass die Amis doch auch Dreck am Stecken haben, wer also nur diverse Missetaten gegeneinander *aufrechnen* will, den interessieren in Wahrheit nicht objektive Gründe, sondern nur *Schuldfragen*. Und die interessieren ihn auch nur – besser gesagt: er erfindet sie sich –, weil er sich selbst als Schiedsrichter darüber einsetzen will, und zwar als ein Schiedsrichter, der moralisch sowohl über die Terroristen als auch über Amerika um einiges erhaben ist. Das ist Anti-Amerikanismus aus einer *nationalen Gesinnung* heraus: Damit wollen Euro-Nationalisten Amerika eine Teilschuld zuschreiben und ihm die Berechtigung absprechen, aus den Anschlägen Ausmaß und Mittel für die fällige Reaktion abzuleiten.

Einen Gipfel dieses deutschen Anti-Amerikanismus, besser: eines von Deutschland maßgeblich bestimmten Euro-Nationalismus, markiert der frisch vom Altenteil reanimierte Peter Scholl-Latour. Der klagt mit seiner geballten Expertenkompetenz für nahe und ferne Reisfelder das flächendeckende Versagen amerikanischer Außenpolitik inkl. ihrer Geheimdienste an und spricht Amerika die Lösungskompetenz für das Programm „Freie Welt kontra Terrorismus“ ab. Er hält die amerikanisch dominierte Weltordnung für abgewirtschaftet und deswegen *euro-päische Weltordnungskompetenz* für überfällig. Die Lösung heißt für ihn: endlich ein einiges Europa sowie die zugehörige strategische Atombewaffnung. Der Gedanke ist imperialistisch eindeutig: Die Weltordnung von Kapitalismus und Demokratie braucht eine starke Macht zur Absicherung derselben. Diese Macht soll zukünftig nicht mehr amerikanischer, sondern europäischer Herkunft sein. Dafür ist natürlich auch nach innen einiges fällig: wenn Scholl-Latour „das Ende der Spaßgesellschaft“ fordert und gegen die „Amerikanisierung der Welt“ hetzt, dann

plädiert er für die für ein solches Programm notwendige Kriegsbereitschaft im deutschen Volk und anderswo in Europa. Natürlich schießt er damit über das derzeit seitens der europäischen Politik formulierte Ziel hinaus. Andererseits aber denkt er nur das konsequent zu Ende, was mit dem Programm der Einigung Europas und den damit verbundenen Weltordnungsansprüchen längst angelegt ist.

1 Der vorliegende Artikel ist eine leicht umgearbeitete Fassung der Analysen des GegenStandpunkt-Verlags in Radio Lora vom 17. und 24. September 2001. Die wöchentlichen Besprechungen des Gegenstandpunkt-Verlags zu aktuellen Themen können unter folgender Adresse nachgelesen werden:

<http://home.link-m.de/lora/gegenstp/index.htm>

2 Die Frage, ob Amerika durch die "Globalisierung" und in seinen Kriegen nicht *viel mehr Opfer* auf dem Gewissen habe, die mittlerweile in Talkshows, Leitartikeln und Leserbriefen rhetorisch aufgeworfen wird, um sie im Sinne einer moralischen Aufrechnung mit ja zu beantworten, hat nichts zu schaffen mit der Frage nach den *Gründen* der *Feindschaft*, aus der heraus die Angriffe auf das World Trade Center und auf das Pentagon geflogen wurden. Die Flugzeugentführer waren ja offensichtlich keine verletzten Opfer der "Globalisierung", sondern politische Überzeugungstäter, Kämpfer gegen die amerikanische Weltordnung.

3 Dies gilt in dieser Härte nur für Staaten vom Kaliber eines Irak oder Jugoslawiens. Die Erklärung, warum sich auch Staaten wie Russland und China der Weltordnung der USA unterordnen, soll hier nicht geliefert werden. Deren Kalkulation – eine Rechnung mit Vor- und Nachteilen: mit Vorteilen, die sie sich aus der Einordnung in die "Sachzwänge" des Weltmarkts und aus guten Beziehungen zur "letzten verbliebenen Supermacht" versprechen, und mit Nachteilen, die ihnen aus einer Feindschaft mit den militärisch und ökonomisch überlegenen USA erwachsen – kann in den Analysen des GegenStandpunkt (z.B. China 3-98/ Russland 2-97) nachgelesen werden.

Der Gipfel von Genua:

Die politische Agenda des Imperialismus, ihre verlogene Präsentation und ihre Kritik durch militante Ignoranz¹

Dem öffentlichen Urteil zum Treffen der Chefs der G-7/G-8-Staaten, dieses habe zur Bewältigung der „*drängenden Probleme der Weltwirtschaft*“ „*nichts*“ bis „*ziemlich wenig gebracht*“, schließt man sich besser nicht an. Erstens ist es verkehrt, dem gemeinsamen Zusammenkommen der Repräsentanten von sieben Weltwirtschaftsmächten und den Titeln, denen sie ihr Treffen widmen, entnehmen zu wollen, es wären tatsächlich von ihnen gemeinschaftlich verfolgte Anliegen, die ihre turnusmäßigen Zusammenkünfte bestimmen und welche sie - bedauerlicherweise - doch wieder nicht so gut hinbekommen haben, wie sie sich dies immer vornehmen. Besser behält man im Kopf, was einem die tägliche Zeitungslektüre über die Konkurrenzaffären der tagenden Subjekte mitteilt, und ignoriert nicht über dem einen Umstand, dass sie über einer gemeinsamen Tagesordnung sitzen, kurzerhand den anderen, dass es bekanntermaßen *konkurrierende Nationen* sind, die sich da zum Gipfel treffen. Zweitens verbietet sich bei dem, worüber sie als Konkurrenten gemeinsam beratschlagen, schon gleich jede einfühlsame Parteinahme nach dem Motto: ‚Möge ihr Werk gelingen!‘ Sachlich betrachtet sind ihre gemeinsam vorgebrachten Anliegen nämlich alles andere als menscheitsbeglückend.

Die Herren der Welt und ihre Erfolge und Drangsale beim Umgang mit Armut & Reichtum, Krieg & Frieden und auch noch der Großwetterlage auf dem Globus

1. Die maßgeblichen Sorgen um das Wachstum des Reichtums

Die führenden Weltwirtschaftsmächte in Gestalt ihrer Repräsentanten wissen sehr gut, wer ihnen da in ihrem erlauchten Gremium jeweils gegenüber sitzt. Sie wissen sich als die maßgeblichen politischen Subjekte, auf deren Wirken alle Be-

¹ Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT, Politische Vierteljahresschrift, Heft 3/2001, S. 87 ff. Der GEGENSTANDPUNKT ist erhältlich in folgenden Buchhandlungen:

Erlangen:

Ex libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Nürnberg:

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 9, 90459 Nürnberg

Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg

Gondrom, Breite Gasse 45, 90402 Nürnberg

Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg

Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

dingungen zurückgehen, unter denen der weltweite Handel mit Ware und Geld, Kapital und Kredit stattfindet: Sie sind es, die in all diesen Hinsichten minuziös den Zugang zu ihren Märkten regeln, die Öffnung von Märkten für ihr Kapital betreiben, vom grenzüberschreitenden Warenverkehr bis zu den berüchtigten „Strömen“ des internationalen Finanzkapitals das globale Geschäftsleben freisetzen, ihre Standorte zu unwiderstehlichen Anlageplätzen für Kapital herrichten, mit ihrer Kreditmacht für die Bildung der schlagkräftigen Konzerne sorgen, die dann als Multis und global players den Weltmarkt erobern sollen usw. Sie kennen sich als die souveränen Hüter der kapitalistischen Standorte, zwischen denen sich die Masse des internationalen Geschäftslebens abspielt; vor allem aber als Nationen, die aus dem laufenden Weltgeschäft in allen seinen Abteilungen ein Maximum an Erträgen *jeweils für sich* requirieren wollen, haben sie tagtäglich miteinander zu tun. Das, was bei diesem wechselseitigen Bemühen einer erfolgreichen ökonomischen Indienstnahme von Konkurrenten so alles stattfindet und in seinem Ergebnis dann zu nationalen Erträgen und Zuwächsen saldiert wird, *ist* die Weltwirtschaft, die es gibt, und deren maßgebliche Veranstalter und Nutznießer täuschen sich in dem, dass die *ihr politisches Werk und das Forum ihrer Konkurrenz* ist, zuallerletzt. Gleichwohl setzen sie sich und den Rest der Welt im ersten Punkt ihrer Tagesordnung in Genua darüber in Kenntnis, dass sie sich zu ihrer Weltwirtschaft keineswegs nur die üblichen, den Stand ihrer jeweiligen nationalen Bilanzen betreffenden Sorgen machen. Die haben sie zwar schon auch. In unterschiedlichem Maße, aber doch bei allen gleichermaßen lässt das Wachstum, auf das sie aus sind, für sie sehr zu wünschen übrig. Aber allein deswegen fahren sie nicht nach Genua: „**Die Weltwirtschaft wieder in Schwung bringen**“ - das nehmen sie sich dort als ihren allerersten Tagesordnungspunkt vor.

Das ist einerseits ein Witz. Dass es diese Weltwirtschaft als ein von allen ihren politischen wie ökonomischen Zwecken und Machenschaften losgelöstes Objekt nicht gibt, wissen die Herren nämlich schon; und soweit, sich allen Ernstes als durch und durch selbstlose Diener an der Hege und Pflege eines dem Wohlstand aller Beteiligten förderlichen weltweiten Wirtschaftslebens vorzustellen, zu der sie sich auch noch gemeinschaftlich bestellt wüssten, vergessen sie sich wirklich nicht. Dennoch: Es ist schon mehr als nur politische Heuchelei, wenn die Vorsteher der gewichtigsten kapitalistischen Standorte ihr Interesse am *eigenen* Nutzen aus dem weltwirtschaftlichen Treiben unbedingt auch noch als Interesse an *dessen* gedeihlichem Fortgang ausdrücken wollen. Daran ist ihnen nämlich deswegen gelegen, weil sie es in ihrer Konkurrenz gegeneinander schon sehr weit gebracht haben - so weit, dass sie sich in ihrem jeweiligen Fortkommen *von der Bereitschaft der jeweils anderen abhängig* wissen, Konkurrenzenerfolge der Gegenseite zu tolerieren: Sie haben sich in ihrer wechselseitigen Benutzung weitreichende *Rechte eingeräumt*, sich dem ökonomischen Zugriff ihrer Konkurrenten geöffnet, um ihrerseits auf deren Reichtum zugreifen zu können; auf dieser Grundlage wollen sie aneinander verdienen; dabei wissen sie, dass sie sich in dem, was sie da voneinander

wollen und zu dem Zweck unternehmen, wechselseitig *beschränken* - und als solche Konkurrenten, die füreinander immer *zugleich Bedingung wie Schranke* des Erfolges aus dem internationalen Geschäft sind, der ihre ökonomische Lebensgrundlage ist, verspüren sie das dringliche Bedürfnis, sich ihres Willens zur Anerkennung der Ergebnisse ihrer ökonomischen Konkurrenz als der *Geschäftsgrundlage ihres weiteren Konkurrierens* zu versichern. Getrennt von und zusätzlich zu allen laufenden Transaktionen von Waren, Geld und Kredit, die ihre Geschäftsleute ausführen, erachten es die politischen Hüter dieses Geschäfts für erforderlich, sich über den Fortbestand und die weitere Ausgestaltung des Verhältnisses ins Benehmen zu setzen, in dem *sie* zueinander stehen. Ihr Treffen in Genua ist das Forum einer Diplomatie, die von dem Konsens aller Beteiligten getragen ist, dass sie jetzt, wo jeder von ihnen seine kleine oder größere Krise hat, umso mehr auf ihr grundsätzliches Einvernehmen hinsichtlich der Modalitäten ihres weiteren geschäftlichen Umgangs miteinander angewiesen sind. Gleichsam methodisch beziehen sie sich auf ihre Konkurrenz, indem sie deren vereinbarte - oder demnächst zu vereinbarenden - *Verfahrensprinzipien* zum Thema machen, ihre Zufriedenheit mit - oder ihre Kritik an - allem bekunden, was sie sich so wechselseitig an Rechten einräumen oder versagen und was ihre international tätigen Geschäftsleute dann als ihre Freiheit zur Mehrung des kapitalistischen Reichtums nutzen. Diese wechselseitige Versicherung, *dass* die Konkurrenz um den Reichtum der Welt auch weiterhin an die politischen Regeln - von Vereinbarungen über Zölle und Marktzugänge bis zum Regelwerk einer WTO - gebunden sein soll, die sie als deren maßgebliche Subjekte untereinander als verbindlich anerkennen wollen und dem Rest der Staatenwelt aufoktroieren: Das ist das *einzig gemeinsame Interesse*, das die führenden Mächte der Weltwirtschaft an dieser haben, weswegen der bekundeten Gemeinsamkeit in dieser Hinsicht notwendig der *Streit* über alles unmittelbar nachfolgt, *was* sie sich jeweils als Methode ihres Konkurrierens genehmigen oder untersagen wollen.

2. Die Probleme mit dem Wachstum der Armut

Wo die Aneignung des weltweit geschaffenen Reichtums als Verfahrensfrage diskutiert wird, die ein exklusiver Zirkel von sieben Staaten unter sich ausmacht, muss man sich die Frage nach der Verteilung dieses Reichtums nicht mehr stellen: Die ist damit geregelt. Insofern ist auch kein Irrtum darüber möglich, was es zu bedeuten hat, wenn sich die sieben Staaten, die für den Reichtum der Welt zuständig sind, in Genua auch für die *“Armutsbekämpfung”* zuständig erklären. Eben das. Ihre Zuständigkeit für den ganzen Globus erlischt ja nicht in den diversen Weltgegenden, in denen sie mit ihrer wunderbaren Weltwirtschaft für die elendsten Zustände gesorgt haben und sorgen. Die Staaten vor Ort, die nur noch über Hunger und Bürgerkrieg und sonst nichts ‘regieren’, werden, bloß weil sie ruiniert sind, deswegen noch lange nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Sie bekommen ihre Verfassung von den Nutznießern dieser Weltwirtschaft als ihren endgül-

tigen Status zugeschrieben und werden als die staatlichen Armenhäuser, die sie sind, darauf verpflichtet, wenn sie schon für sonst nichts mehr brauchbar sind, ihre wenigen Mittel wenigstens nicht auch noch in Kriegen, die niemand bestellt hat, zu verpulvern, oder für ehrgeizige nationale Projekte zu vergeuden, aus denen dann doch nichts wird. Sie sollen sie lieber - ihrem Zustand gemäß - für irgendeine Sorte Elendsverwaltung und ordnungspolitischer Einhegung der von ihnen beheimateten Portion für den Kapitalismus definitiv überflüssiger Weltbevölkerung verwenden. Etwas für das Vorankommen dieser Staaten zu tun, und sei es auch nur aus der schäbigen Berechnung, dass sie zur Erledigung des ihnen erteilten Auftrags irgendwie auch fähig sein müssen - so weit geht die Mildtätigkeit der in Genua versammelten Armutsbekämpfer umgekehrt nicht. Mit der **“Streichung von Schulden für die ärmsten Länder”** haben sie jedenfalls etwas anderes auf ihrer Agenda. Schulden erlassen zu bekommen, heißt für diese Länder ja nicht, dass sie etwas kriegen. Genau besehen heißt es vielmehr so ziemlich das Gegenteil: Die in Gestalt ihrer obersten Vertreter versammelten Gläubignationen, bei denen sich die Beteiligung dieser ärmsten Länder am Weltmarkt als Akkumulation von Ansprüchen auf deren Reichtum niedergeschlagen hat - und zwar von so vielen, dass die alles, was sich jemals aus diesen Ländern herausholen und auswärts zu Geld machen lässt, bei weitem übersteigen -, geben in dieser Form ihren Realismus zu Protokoll, dass bei diesen Ländern nichts mehr zu holen ist; wenigstens nicht mehr, als man an Bodenschätzen, Rohstoffen usw. ohnehin schon aus ihnen herausholt. Richtig besehen, d.h. aus dem Blickwinkel der Probleme, die sie ihren reichen Gläubigern bereiten, besteht die Armut dieser ärmsten Länder also darin, dass an ihnen nicht einmal mehr in Form von Zinsen für ihre Schulden zu verdienen ist, und weil diese Sicht der Dinge nun einmal die maßgebliche ist, steht damit das Urteil über diese Länder fest: Sie sind Schuldenstaaten, und zwar solche, die mitsamt der uneinbringlichen Schuldforderungen an sie abzuschreiben sind. Mitten im globalen Kapitalismus weisen dessen Veranstalter Dutzenden von Staaten den Status ‘endgültig nicht mehr geschäftsfähig’ zu. Und als was die dann noch in Betracht zu ziehen sind, wenn erst einmal klar ist, dass eine weitere Kreditierung in ihrem Fall nicht mehr in Frage kommt, das teilen sie in ihrer fürsorglichen Art auf ihrem Treffen auch mit. Im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht für Afrika statten sie einen **„Fonds gegen Aids, Malaria und TBC”** mit Geldmitteln aus, damit die Viren und Bakterien bei ihrem Vormarsch auf dem Kontinent wenigstens nicht ganz ohne Kontrolle bleiben. Der ist für sie also nichts weiter als ein gigantisches Krankenhaus, in dem ganze Bevölkerungen, für die sie in ihrer Weltwirtschaft keine Verwendung haben, dahinsiechen. Und dass aus ihm auch nichts anderes mehr wird, und - bei dem Zustand! - nichts anderes mehr werden kann, das ist für sie so klar wie Klobrühe: Sie beschließen das nämlich so. In diesem Sinne verständigen sich die in Genua versammelten Humanisten in allgemeiner Form darauf, dass man in Afrika erst einmal etwas für die **„Erziehung”** tun müsste

und „*Hilfe für das Schulwesen in armen Staaten*“ bitter nötig wäre, und vor allem sind sie sich einig, dass diese Hilfe nur „*Hilfe zur Selbsthilfe*“ sein kann: Sie führen Merkmale der Verwahrlosung in diesen Staaten auf, erinnern nämlich an die Grundausstattung der Standorte, die sie bei sich daheim regieren, um aufzuzählen, was es von der in diesen Staaten alles *nicht* gibt. Und das, kombiniert mit dem Zynismus, dass die selbst zusehen sollen, wie sie ohne alle Voraussetzungen eines irgendwie Erfolg versprechenden Wirtschaftens und konsolidierten Staatswesens auf die Beine kommen, ist alle Mal die Mitteilung, dass an einer Änderung ihrer Lage auf Seiten der versammelten Herren der Welt kein Interesse besteht. Denen fällt bei ihrer Aufzählung fehlender zivilisatorischer Errungenschaften dann auch noch und so ziemlich an erster Stelle das „*Internet*“ ein. Denn wenn sie sich so überlegen, was diese Hungerleiderstaaten brauchen, dann kommen sie als Erstes auf das, was sie dort - Aids hin, Elend her - immer noch haben und vorfinden wollen: eine Adresse, an die man sich wenden kann, wenn man etwas von ihnen will.

Im Übrigen darf Afrika sich auch selbst um die Konsolidierung seines inzwischen erreichten Zustands verdient machen. Über alle Kriege und Bürgerkriege, Seuchen, zerfallenden politischen und sonstigen Gemeinwesen hinweg haben die führenden Weltmächte auch noch eine „*Vision für Afrika*“ in Genua dabei. Könnte nicht eine „afrikanische Einheit“ diesen Müll von unbrauchbaren Staaten und Völkern in eigener Regie verwalten? Könnten die Neger sich nicht zusammentun und einfach nur gemeinsam für die Ordnung sorgen, die es für einen reibungslosen Abtransport von Rohstoffen und Hülsenfrüchten braucht? Ein zentrales Rohstoffregister für diesen Kontinent und ein gesamtafrikanisches Korps, das für die allzeit zuverlässige Belieferung des Weltmarks sorgt und ansonsten dafür, dass die Neger beim Verhungern nicht unangenehm auffallen - ist das etwa zu viel verlangt? Die Staaten der G-7 jedenfalls könnten sich diese schöne Arbeitsteilung zwischen den Kosten der politischen Kontrolle eines Rohstofflagers ihres Weltmarkts einerseits und dem ökonomischen Nutzen andererseits, den dessen Verwertung erbringt, ganz gut vorstellen, und zwar einhellig.

3. Die Probleme mit dem Klima und dem Frieden auf der Welt

Weniger gut vorstellen können sie sich dagegen, sich selbst auf irgendeine Art von politischem Kontrollwesen zu verpflichten, von dem sie sich keinen Nutzen versprechen. Beim Weltklima mit seinen Ozonlöchern und Treibhauseffekten, noch so eine Wirkung des globalen Kapitalismus, den sie als Konkurrenten gemeinschaftlich ins Werk setzen, sind sie sich zwar mittlerweile irgendwie einig, dass das eine Herausforderung an sie darstellt, die sie als Betroffene nur gemeinschaftlich meistern können. Vor allem aber sind sie als Konkurrenten darauf bedacht, dass keine Vereinbarung zustande kommt, die die eigene Wettbewerbsfähigkeit schmälern und die der jeweils anderen stärken könnte. Daher gestaltet sich die

„*Umsetzung des Kyoto-Protokolls*“, die die G-7 in Genua auf die Tagesordnung setzen und zeitgleich in Bonn zu einem verbindlichen Regelwerk ausarbeiten, zu einem diplomatischen Lehrstück darüber, dass es beim Klimaschutz um die Frage geht, wer wen auf was festnageln kann. Einer der sieben Partner - es ist zufällig der mächtigste - gibt schon im Vorfeld der Gespräche zu verstehen, dass er sich auf gar keinen Fall Regeln zum Klimaschutz zu beugen gedenkt, die seiner Wirtschaft schaden, ein zweiter, Japan, schließt sich ihm an; mitdiskutieren wollen beide beim Thema, auf welche Auflagen und Kontrollverfahren man sich wechselseitig verpflichten kann, freilich schon noch, worüber sich allmählich abzeichnet, dass man sich womöglich über Regeln verständigen kann, die den Schadstoffausstoß nicht reduzieren und insofern auch niemandem schaden können; dieses Angebot gefällt einem der beiden Opponenten, dem anderen, Amerika, nach wie vor nicht; also einigt sich der Rest darauf, den Umstand, es *auch ohne* die Weltmacht zu einer Vereinbarung gebracht zu haben, als einen großen Erfolg zu feiern - keineswegs des Klimaschutzes, wie sie selbst offen sagen: Gelingen ist ihnen, ihre offenen Interessensgegensätze bei der Frage, wie der geschäftsmäßig betriebene Ruin von Natur, Land und Leuten verbindlich einzuhegen sei, zugunsten einer Manifestation ihres Willens zurückzustellen, sich auch auf der Grundlage ihrer Gegensätze *doch noch* auf Gemeinsamkeit zu verstehen: *Gegen* den Willen der USA haben sie es geschafft, das Klima als Stoff und Thema ihrer weiteren Konkurrenz und so auch ihrer weiteren gemeinsamen Konsultationen zu etablieren - ein Hoch auf diese G-6!

Auch in den wirklich substantiellen Fragen, die die führenden Weltwirtschaftsmächte auf ihrem Treffen behandeln - und die betreffen nun wirklich nicht den CO₂-Haushalt, sondern den Gewalthaushalt der Welt, den sie gemeinsam kontrollieren -, ist ganz viel Einigkeit gefragt. Dass ihre feine Weltwirtschaft, der sie ihren Reichtum verdanken, auf der Gewalt beruht, mit der sie gemeinsam den Rest der Welt beherrschen, ist ihnen schließlich ebenso selbstverständlich wie der Umstand, dass sie sich dabei noch in allen Affären als Konkurrenten um *ihre* Macht und *ihren* Einfluss betätigen. Und auf dem Feld dieser Konkurrenz bekommt der Triumph der Euros in der Klimafrage von der amerikanischen Führungsmacht seinen doch recht relativen Stellenwert beschieden. Was ist schon der einigermaßen erfolgreich absolvierte Versuch, sich als Vorreiter bei der Kontrolle von Kohlendioxid in der Atmosphäre hervorzutun, gegen das Projekt, den erdnahen Raum zu einem potentiellen Schlachtfeld aufzurüsten! Die Sonderstellung in Fragen der Kriegsführung, die sich die USA mit ihrem „*Raketenschirm*“ herausnehmen, ist ja erklärtermaßen nichts, worüber die Weltmacht mit sich reden oder verhandeln ließe. Also haben deren europäische Partner mit den Risiken einfach zu leben, die ihnen daraus erwachsen, dass sie in jedem denkbaren Konflikt mit jedem möglichen Gegner, den ihre Führungsmacht eingeht, im Ernstfall erheblich verwundbarer sind als diese. Was das Verhältnis der Weltmacht zu ihrem Nicht-Partner mit

der Nr. G-8 betrifft, so hat selbstverständlich auch der begriffen, dass und in welcher Weise er durch diese Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses betroffen ist. Doch auch im Umgang mit dem bewährt sich das Treffen in Genua als Forum, über miteinander gar nicht in Einklang zu bringende Gegensätze vom *fiktiven* Standpunkt eines wechselseitigen Sich-Ins-Benehmen-Setzens im Gespräch zu bleiben: Die USA teilen ihrem Kontrahenten mit, dass es bei dieser Aufrüstung mit ihm nichts zu kontrahieren gibt, sie sich an den alten ABM-Vertrag nicht mehr gebunden fühlen, im Übrigen aber nicht daran denken, die Diplomatie in Rüstungsfragen mit Russland grundsätzlich aufzukündigen; Putin nimmt zur Kenntnis, dass es auf sein Votum in dieser Frage nicht mehr ankommt, behält sich adäquate Vorkehrungen bei der russischen Gegenrüstung vor - notiert aber befriedigt den Eindruck, den seine Macht auf Amerika immerhin noch macht, und rechnet es sich als seinen Erfolg an, wenigstens in anderen anstehenden Rüstungsfragen formell noch als gleichwertig respektiert und rüstungsdiplomatisch von gleich zu gleich behandelt zu werden.

Der Aufnahme in die Agenda von Genua für wert befunden werden außerdem die aktuellen Kriegsschauplätze - völlig zurecht, schließlich treffen sich in Genua die Mächte, die grundsätzlich jeder Fall militärischer Gewaltanwendung von Seiten dritter Staaten etwas angeht; und zwar als Fall ihrer gemeinschaftlich ausgeübten Aufsicht über den Rest der Staatenwelt, der ihre Zuständigkeit zu respektieren hat. Die anwesenden Oberaufseher über die imperialistische Weltordnung, die sich völlig einig sind in dem Standpunkt, dass im Prinzip auf dem Globus kein Schuss zu fallen hat, den sie nicht vorher gebilligt oder gleich in Auftrag gegeben haben, haben da einiges zu besprechen. Denn jeder Konfliktfall, für den sie sich zuständig erklären, ist sofort auch ein Fall ihrer Konkurrenz um das relative Maß ihrer jeweiligen weltpolitischen Regelungskompetenz, und die tragen sie an den Ermessensfragen aus, die sie in so einem Fall zu entscheiden haben und nach ihren Berechnungen entscheiden: als Streit darum, wer sich mit seiner Definition des Konflikts durchsetzt, wer welcher Konfliktpartei welche Lizenz ausstellt, wer für deren Überwachung zuständig ist, etc. Und seitdem sich ein paar dieser Mächte an einer gemeinsamen europäischen Macht versuchen, ist der Weltfrieden auch noch um die Errungenschaft reicher, dass laufende Kriege auch noch zu einer *Machtprobe zwischen Europa und den USA* geraten: Im „*mittleren Osten*“ versuchen sich die Europäer ein wenig daran, das Schlachten vor Ort einer „internationalen“, nämlich ihrer „Beobachtung“ zugänglich zu machen, also das Aufsichtsmonopol zu brechen, das die USA in dieser Region - angefangen von ihrer materiellen Unterstützung Israels bis hin zu ihrer Definitionshoheit bei der völker- und menschenrechtlichen und daher auch weltpolitisch maßgeblichen Würdigung der Politik dieses Staates - wahrnehmen. Und auch über „*Mazedonien*“ haben die europäischen Gipfelteilnehmer Gesprächsbedarf mit ihrer Führungsmacht - weil sie nämlich auch dort unter derselben Zweitrangigkeit leiden und von ihr loszukommen versuchen, die ihnen von der erheblichen Diskrepanz zwischen dem An-

spruch einerseits, als Aufsichtsmacht respektiert zu werden, und den *Mitteln* andererseits, diesen Respekt gegebenenfalls auch erzwingen zu können, bedauerlicherweise beschert wird.

„Globalisierung“: Erlogene Notwendigkeiten für die Mandatsverlängerung der eigenen imperialistischen Handlungsfreiheit

In Bezug auf die Klarstellung, worin der Stoff der Agenda besteht, die sie sich gemeinsam in Genua vornehmen, lassen die imperialistischen Mächte also selbst nichts offen. Wie weit sie in ihrer ökonomischen Konkurrenz gegeneinander gehen wollen; wo die Felder sind, in denen sie um weltpolitischen Einfluss und um ihren imperialistischen Machtstatus konkurrieren, und wie weit sie in dieser Konkurrenz gehen wollen; wo sie was unternehmen müssen, um weder in ihrer Konkurrenz um den Reichtum noch in der um die Macht von Staaten und Völkerschaften behelligt zu werden, für die sie in ihrer feinen Weltordnung einfach keine Verwendung mehr haben, die sie aber auch nicht aus ihrer Verpflichtung ihnen gegenüber entlassen wollen: Das sind die Fragen, die sie sich als Gegenstand gemeinsamer Befassung vorlegen.

Und zu denen passt der Titel, unter dem sie sie behandeln, wie die Faust aufs Auge. Den „**Herausforderungen der Globalisierung**“ wollen sich die G-7 auch in Genua erfolgreich gestellt haben! Dies ist allerdings nicht nur ein ziemlich verwegener Griff in die ideologische Trickkiste. Sicher: Wenn Typen wie Bush, Chirac oder Schröder denselben Globus, den sie sich zur Quelle ihres Reichtums und ihrer Macht hergerichtet haben, als ein Wesen betrachten, das sie erst in den Griff bekommen müssten, dann kann es zwar sein, dass die das so sehen, aber bezogen darauf als was sie sich in Genua versammeln, ist es einfach lächerlich. Schließlich treffen sich da nicht die Herren Hinz und Kunz, sondern Repräsentanten der mächtigsten Nationen. Und dass die - dieselben Subjekte, die sich und ihrer Wirtschaft erfolgreich jeden Erdenwinkel kapitalistisch nutzbar gemacht haben - sich einem ziemlich subjektlosen „*ökonomischen Prozess*“ gegenübergestellt sehen wollen, dessen wesentliches Prädikat auch noch ist, „*global*“ zu sein; dass ausgerechnet die Figuren, die mit der Macht ihres Geldes und Kredits über das Lebensschicksal ganzer Kontinente befinden, beim Tempo nicht mehr mitkommen wollen, in dem ihre Banken Gelder verschieben, und schon gleich nicht mehr wissen, wo all die Multis residieren, die sie sich selbst geschmiedet haben; kurz: dass sich die imperialistischen Macher von der „*globalisierten Ökonomie*“ - von *ihrem eigenen Werk* - *herausgefordert* sehen wollen - das alles hat schon seine humorige Seite. Sie verdoppeln sich da gewissermaßen: in einen „globalisierten Wettbewerb“, den zwar niemand anders veranstaltet als sie, den sie aber als eine von ihnen unabhängig existierende Lage, der die Nationen gerecht werden müssen, vorstellig machen (sie verweisen nicht auf *Konkurrenten*, die ihren Interessen im Wege stehen, sondern auf das Vorhandensein von *Konkurrenz*) -, um sich anschließend als die Sub-

jekte aufrufen zu können, die sich mit der nötigen Entschlossenheit und Tatkraft an die Bewältigung dieser 'Lage' machen. Mit diesem Kunstgriff stellen sie ihre Herrschaft über den Globus als ihre gemeinsame Verantwortung für ihn dar. Unter dem Stichwort 'Globalisierung' präsentieren sie ihre Zusammenkunft ihren Völkern daheim als riesiges Gemeinschaftswerk im Dienst an derselben Sache, zu deren Gelingen sie selbst tagaus, tagein, jeder nach seinen Kräften, beitragen wollen - mit den politischen Beschlüssen nach Innen und Außen, die sie gerade fassen. Insofern ist ihr ideologischer Dreh dann doch nicht so lustig. Zu was sich diese Herren da aufrufen, das ist nämlich nichts anderes als all das, was sie mit der ihnen zu Gebote stehenden Macht unternehmen, um besagten „internationalen Wettbewerb“ zu Gunsten ihrer Nationen zu entscheiden. Eben zu all dem, was sie in ihrer Eigenschaft als Führer der imperialistischen Nationen, die gemeinsam den Rest der Welt beherrschen, für fällig erachten. Sowie zu all dem, was sie in der Konkurrenz ihrer Nationen untereinander jeweils an Maßnahmen nach Innen für nötig halten, um in dieser Konkurrenz Siege zu erringen: Der vorstellig gemachte Sachzwang namens "Globalisierung" ist die Ansage der politischen Macher, ihre Standorte rücksichtslos gegen jedes andere Bedürfnis zur Waffe in der weltweiten Konkurrenz um Geld und Gewalt herzurichten; so gut wie alles, was ihre Bürger bislang so für den sozialen Standard halten durften, ist ein „sozialer Besitzstand“, dessen Haltbarkeitsdatum schon längst abgelaufen und dementsprechend einzukassieren ist; die gesellschaftliche Klasse, die zur Schaffung des Reichtums eigens eingerichtet ist, hat ihrem Beruf nachzugehen, billig und flexibel zu sein; also hat sie das Gemeinwesen auch in allen Fragen ihres Unterhalts möglichst nichts mehr zu kosten. Das ist zwar hart, sicherlich, aber notwendig, sozial und gerecht. Denn erstens kann sich - wg. "Globalisierung" - kein kapitalistischer Standort von Rang mehr sein Volk so recht leisten; zweitens geht es vielen Völkern noch viel schlechter; und drittens schreit das Unrecht sowieso zum Himmel, dass eine staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt den Leuten die freie Entscheidung nimmt, entweder von ihrer Arbeit zu leben oder gar nicht - das ist heute sozialer Standard.

Die Grußbotschaft, die die G7-Führer aus Genua mit dem Stichwort von der 'Globalisierung' an die daheim richten, die diesen Standard aushalten dürfen, besteht in dem Versprechen, bei den von ihnen gestarteten Offensiven nichts anbrennen zu lassen. Das dürfen sich ihre Völker einleuchten lassen unter dem Gesichtspunkt, dass sie als Manövriermasse ihrer Obrigkeiten am Glanz von deren Macht Anteil haben; sie dürfen stolz darauf sein, den wenigen erfolgreichen nationalen Zwangskollektiven anzugehören, die im Zeitalter der Globalisierung die Herausforderungen meistern und die Geschicke der Menschheit bestimmen. Um des Glanzes dieser Macht willen, dürfen sie sich all das abschminken, was ihre Machthaber ihnen abschminken; da gibt es kein 'leider' mehr, wenn am Sozialen herumgestrichen wird; dieses Herumstreichen ist vielmehr die gute, nämlich dem Erfolg der Nation in der internationalen Konkurrenz dienliche und durch ihn geheiligte

Sache. Und die lassen sich Bush, Schröder und Co. nicht von ein paar dahergelaufenen Demonstranten madig machen.

Nicht nur also, dass deren Nationen nach dem Niedergang der verkehrten sozialistischen Weltmacht im Zuge der kapitalistischen Ausnutzung des Globus ohnehin bloß noch an die Schranken stoßen, die sie sich in ihrer Konkurrenz selber setzen: Der ideologische Titel „*Globalisierung*“, in den sie ihren Imperialismus für den Hausgebrauch übersetzen, ist ein einziges Dokument dafür, dass sie auch in ihrem Inneren, bei ihrer hoheitlichen Verfügung über die Volksmassen, die ihnen ihren Reichtum zu schaffen haben, in ihrer Freiheit ziemlich unbestritten sind. ‚Allgemeinwohl‘: das buchstabiert sich für sie endgültig nur noch als das Interesse, das sie an einer für die Nation erfolgreichen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeit geltend machen. Weil sie außer diesem Interesse ohnehin kein anderes mehr anerkennen, zu dessen Berücksichtigung sie sich groß genötigt sähen, versteht sich für sie einfach alles, was sie im Umgang mit ihren Volksmassen für zweckdienlich erachten, von selbst - und genau das drücken sie dann mit „*Globalisierung*“ aus: Noch die allerletzte ihrer politischen Taten, mit denen sie ihre Arbeiter und Bauern, Rentner und Kranke schikanieren, verstehen sie mit dem Deuten auf diesen anonymen Prozess schlechterdings unabweisbar zu machen. So sehr haben sich der *kapitalistische Profit* als Maßstab, um den sich alles gesellschaftliche Tun und Treiben ausschließlich zu drehen hat, und das politische Interesse am *Sieg in der Konkurrenz der Nationen*, die um ihn international tobt, als Selbstverständlichkeit eingebürgert, dass die maßgeblichen Betreiber dieser Konkurrenz ihren menschlichen Manövriermassen einfach nur noch ansagen müssen, womit sie - wg. „*global*“ und so - demnächst zu rechnen haben.

So ist der Imperialismus endlich ungefähr dort angelangt, wo ihn Lenin immerhin schon vor 100 Jahren verortet hat. Der hat vom Kapitalismus als „*einem Welt-system*“ von „*Unterdrückung und finanzieller Erdrösselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung dieser Erde durch eine Hand voll ‚fortgeschrittener‘ Länder*“ zu berichten gewusst, im Übrigen seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass diesem Zustand eine „*internationale Arbeiterklasse*“ demnächst ein Ende bereiten wird. Daraus ist nicht nur nichts geworden. Als ob es nicht schon schlimm genug wäre, dass die über die Welt verstreuten, national sortierten Arbeiterklassen ihre Dienste bei der Reichtumsbeschaffung für ihre jeweiligen Nationen ums Verrecken nicht aufkündigen wollen. Es meldet sich ersatzweise für sie auch noch eine internationale Bewegung zu Wort, die den modernen Imperialismus kritisiert, ohne von ihm irgendeinen auch nur halbwegs brauchbaren Begriff zu haben: Für diese Bewegung *ist* der das, wie er modern ideologisch heißt, und gegen „*die Globalisierung*“ zieht sie dann entsprechend zu Felde.

Die „Globalisierungsgegner“: Anti-Imperialismus als höchstes Stadium des Trachtens nach Gerechtigkeit

1. Die Diagnose: Ohnmacht regiert, Profit diktiert

Die Herren in Genua sind demokratisch gewählt, also astrein ermächtigt zur Ausübung ihrer Macht. Über diese verfügen sie beim politischen Management ihres Kapitalismus in jeder Hinsicht genug, so dass sie ihr gemeinsames Interesse am kapitalistischen Profit wirklich als *Weltsystem*, als weltweit einzig noch gültigen Zweck etablieren können, dem der Rest der Menschheit zu Gebote zu stehen hat. Und da rücken Leute, die an dem reichlichen Elend Anstoß nehmen, das der globalisierte Kapitalismus schafft, dagegen mit einer moralischen light-Version der Machtfrage an: Sie, die politischen Initiatoren und Regenten des Weltgeschäfts, hätten sich „*die Macht*“ doch nur „*angemaßt, Entscheidungen für die globale Ökonomie zu treffen*“ (Prager Erklärung)! Ja, wo sind wir denn, dass die 7 Figuren meinen, über die Geschicke der ganzen Menschheit entscheiden zu können! - Ausrufungszeichen, kein Fragezeichen. Dass man sich die Frage, wo wir denn sind, vielleicht mal stellen sollte, fällt Globalisierungs-Gegnern gar nicht ein. Jetzt *haben* Bush und Konsorten doch die Macht, und machen von *ihr* Gebrauch - muss man da, wenn man schon als Gegner ihres Machtgebrauchs aufmarschiert, sich nicht ein wenig darüber kundig machen, woher sie diese Macht haben? Wer sie denn so willfährig wie regelmäßig zu ihrem Tun ermächtigt? Damit man dann auch weiß, wie und von wem diese Herrschaften auch zu entmachten sind? Nein, muss man offenbar nicht. Als moderner Kritiker der „*Globalisierung*“ hält man die politische Macht nicht für eine praktische Frage, wirft diese Frage daher auch gar nicht erst theoretisch auf, sondern für eine, der man mit moralischen Überzeugungen bestens gewachsen ist. Macht hält man für eine „Anmaßung“ - ja, wo glauben eigentlich die Globalisierungs-Gegner, dass *sie* sind? Macht erklären sie zu einer Sache, die denjenigen, die sie innehaben, nicht zusteht und die sie denen deswegen einfach absprechen können. Vertun sie sich da nicht ein wenig, wenn sie Macht für eine Frage ihrer Legitimität halten und die Legitimation der Machthaber dann auch noch für etwas anderes als das, was die sich in Gestalt des demokratischen Verfahrens ihrer Ermächtigung herbeiorganisieren? Nämlich für etwas, worüber sie nach ihren Vorstellungen gerechten Regierens entscheiden können? Im Überschwang ihrer moralischen Überzeugung sind diese Kritiker schon sehr der Auffassung, dass sie sich mit keiner der Machenschaften zu befassen brauchen, die die von ihnen kritisierten Herrschaften ins Werk setzen, und dennoch gründlich mit ihnen fertig sind. Und das rächt sich. Was sie so über die zu vermelden wissen, plappern sie nämlich dann einfach den Ideologien nach, die die Machthaber selbst über sich in die Zirkulation geworfen haben - und siehe da: Das Ding, das sich die so anmaßen, gibt es recht besehen gar nicht: „*Staatenlose Wirtschafts-*

räume" gibt es stattdessen, eine „Entpolitisierung der Politik" ist allenthalben zu verzeichnen, die „drastische Verarmung von Milliarden von Menschen" rührt daher, dass „die Politik sich selbst und ihre Bürger den von ihren Fesseln befreiten Kräften der Ökonomie unterwirft." Was sind sie denn nun, die Machthaber? Haben sie nun die Mittel, über die globale Wirtschaft „Entscheidungen zu treffen"? Maßen sie sich diese Mittel nur an und treffen ihre Entscheidungen einfach so, ohne Macht? Oder sind sie sowieso nur entmachtete Hanswurst, die schon längst nichts mehr zu entscheiden haben? Das ist den Kritikern egal, sie halten es nicht einmal für nötig, in ihrem Weltbild so weit für Ordnung zu sorgen, dass wenigstens einigermaßen ein Stein auf den anderen passt. Aber wie auch immer: Die Ideologie vom Weltmarkt als Sachzwang, den die Politik nicht schafft, sondern den sie als ihre Herausforderung zu bewältigen hat, ist bei diesen Kritikern jedenfalls prima angekommen. Sie kennen keine Zwecke, in denen die vielen und von ihnen beredt beklagten Übel der Welt ihren Grund haben, sondern nur eine namenlose Notwendigkeit, der es Herr zu werden gilt. Ihr Weltbild setzt sich aus der Vorstellung einer subjektlosen ökonomischen Macht - die sie dann in einer „Diktatur des Profits und der Riesenkonzerne" personalisieren - auf der einen und einem entmachteten politischen Subjekt auf der anderen Seite zusammen, so dass sie sich wenigstens in der moralischen Schuldfrage sehr perfekt auskennen und für jedes Opfer, das der Weltmarkt hinterlässt, immer gleich zwei Verantwortliche benennen können: Eine Macht, die Böses bewirkt, und eine andere, eigentlich gute, die allerdings den wahren Herausforderungen der Globalisierung nicht gerecht wird, sich nämlich aus Ignoranz, Schwäche oder Kumpanei mit der Macht des Bösen - wie auch immer - lauter Unterlassungen zuschulden kommen lässt: das Profitstreben nicht bändigt, ihrer eigenen Entmachtung nichts entgegensetzt usf.

2. „Was tun?" Gutes!

Dabei bleiben die Protagonisten einer „Globalisierung von unten" freilich nicht stehen. Sie glauben ihren Politikern nicht nur, dass es in der Politik darum geht, all die Probleme zu *bewältigen*, die es ohne die politischen Subjekte und deren konkurrierende Interessen gar nicht gäbe. Sie glauben ihnen auch noch dort aufs Wort, wo die ihren Völkern ihr eigenes Wirken als von einer „Globalisierung" bedauerlicherweise erzwungene *Verhinderung* all der guten Werke verkaufen, die sie an sich vorhätten. Die Kritiker träumen von einer idealen Welt mit einem „nachhaltigen", „humanen" „Handelssystem, das allen Menschen Nutzen bringt", verweigern also nachhaltig jeden Blick auf die realen Mächte und in Kraft befindlichen kapitalistischen Rechnungsarten, die ihr Eldorado praktisch zum bloßen idealistischen Traum degradieren. Umso zielstrebig und einsinniger werfen sie sich stattdessen auf die Instanz, der sie politisch zwar nichts mehr zutrauen, die Verwirklichung ihrer Ideale in Sachen Beglückung der globalisierten Menschheit da-

für aber umso heftiger: Für eine *Renaissance des Nationalen* machen sie sich stark, dafür, „*die Souveränität der Völker sowie die nationalen und sub-nationalen demokratischen Entscheidungsprozesse wiederherzustellen*“! Hätten sich die 190 Völker der Welt doch nur schon der nationalen Gewaltsubjekte entledigt, die über sie regieren! Das wäre doch schon der halbe Weg hin zum Genuss des Reichtums, der für sie lässig reicht - aber nein, genau umgekehrt hat heute aller gesellschaftliche Fortschritt zu gehen: In die Hand einer *staatlichen Obrigkeit* zurückgelegt gehören alle Regelungsfragen in Sachen Produktion und Konsumtion, die ihr angeblich entglitten sind - natürlich einer Obrigkeit, die von unten kommt, bei der man nicht die Befürchtung haben muss, dass sie gleich wieder als nationales Monster auftritt, sondern sich vielleicht doch eher bescheiden am Vorbild *sub-nationaler Entscheidungsprozesse* orientiert. Als Idealist hat man es einfach: Man beantragt eine Staatsmacht, die Gutes bewirkt, und dementiert, dass man eine Herrschaft beantragt; man plädiert für demokratische Entscheidungsverfahren, und abstrahiert einfach davon, dass die Demokratie ein Ermächtungsverfahren ist und sonst nichts. Nationen, demokratisch verfasste, versteht sich, die Handel treiben und Märkte mit ihren Waren und ihrem Kapital bestücken: Letztlich ist es schon das, was es gibt, was diese ‘Kritiker’ fordern - nur eben all das besser, humaner, ohne seine unerfreulichen Wirkungen; aber die lassen sich ja lässig wegdenken von Demokratie und Marktwirtschaft, wenn man von ihrer Notwendigkeit in diesem famosen System sowieso nichts wissen will. Das wär’s! Die für ihr menscheitsbeglückendes Wirken ja so berühmten nationalen Demokratien mitsamt ihrem vornehmen Rechtsinstitut des Eigentums und der Konkurrenz um dieses: Die sollen es richten und den Armen der Welt zu ihrem Glück verhelfen! Und als ob dieser komplette Ersatz einer Kritik an Staat und Kapital durch einen frommen, an ideologischen Maßstäben von Staat und Kapital ausgerichteten und an den Staat adressierten Wunsch nicht schon schlimm genug wäre, lassen sich die Globalisierungsgegner auch noch heraushängen, wie überaus konstruktiv ihre Nicht-Kritik und wie „*machbar*“ ihr Ideal doch ist. Es ist nämlich nicht nur so, dass der Staat nur vorübergehend an seinen Wohltaten verhindert ist. Im Grunde liegen auch schon alle Mittel und Werkzeuge parat, mit denen er loslegen kann, und da zeigen sie schon mal stellvertretend für ihn, dass man „*die Globalisierung*“ auch richtig machen kann:

Da gibt es beispielsweise „*Zölle*“ und „*Zollschranken*“, „*nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen*“, Regelungen über „*Marktzugänge*“ und dergleichen mehr. Diesen Einrichtungen vermögen die modernen Kritiker durchaus den Zweck zu entnehmen, dem sie zu verdanken sind: Mit ihnen versuchen Staaten dafür Sorge zu tragen, dass ihre Teilnahme an den Tauschhändeln des Weltgeschäfts *zu ihrem Vorteil* ausfällt, und zwar auf Kosten anderer. Den nicht besonders sensationellen weiterführenden Schluss, dass dann ja wohl auch die Teilhabe am Weltgeschäft demselben Zweck zu verdanken sein möchte, dass also der Welthandel insgesamt

kein Versorgungsunternehmen, sondern der Kampfplatz konkurrierender Subjekte ist und Handel zwischen Nationen anders gar nicht zu haben ist, den finden sie unmenschlich - den Schluss, nicht den Handel! Mehr Menschlichkeit wollen sie dann in den Handel reinbringen durch aufregende Konzepte für die Neufestsetzung von Zöllen. Instrumente Handel treibender Staaten können sie sich eben genauso gut als Hebel der Armen und Entrechteten vorstellen. Nach dem Motto: Könnte doch sein, dass konkurrierende Staaten ihren Konkurrenzvorteil mal vergessen und zu ihren Lasten irgendwelchen Hungerleidern auf die Beine helfen, beantragen sie einen uneigennütigen Gebrauch all der Instrumente aus dem staatlichen Handbuch für Freihandel und Protektionismus - bei denen, deren eigennütigen Berechnungen ihnen wohl bekannt sind! Zölle sind für sie einmal *gut*, weil sie die letzten Relikte eines „Schutzes“ vor den „freigesetzten Kräften des Wirtschaftsliberalismus“ darstellen, von denen die Armut der Länder ja kommen soll - also geht an die Adresse dieser Länder die Empfehlung, sich höherer Zölle zur Behauptung ihres „nationalen Wirtschaftskreislaufs“ möglichst eifrig zu bedienen. Das wird der Industrie in Afrika wahrscheinlich zu gigantischen Absatzmärkten verhelfen. Dann sind Zölle aber auch ausgesprochen *schlecht*, dort nämlich, wo sie sich einfach einmal vorstellen, die berühmten „Handelsströme“ könnten auch einmal andersherum fließen. Im Fall der „modernen Industriestaaten“ können diese heftigen Kritiker des „Neo-Liberalismus“ vom Freihandel gar nicht genug kriegen - „Schranken nieder!“ und „Freiheit des Marktzugangs für Entwicklungsländer!“ heißen da ihre Parolen. Wären sie Zöllner geworden, dann wüssten sie wenigstens, wie Grenzschränken funktionieren.

In den Fragen von Kredit und Schulden sind sie ähnlich gut bewandert, und gehen mit beidem ähnlich virtuos um. Für schlimm halten sie, „Kredite und Darlehen in Abhängigkeit von so genannten ‚Strukturanpassungsprogrammen‘ zu vergeben, was in den betroffenen Ländern zu Arbeitslosigkeit und dem Abbau von sozialen und ökologischen Standards führt.“ An sich ist er ja schon in Ordnung, der Kredit, nur seine Auflagen - die sind der Hammer. Dann aber ist schon auch der Kredit selbst von Übel, dort nämlich, wo die Schulden sich zu einer „Schuldenfalle“ aufgetürmt haben. Kredit also nicht nur ohne Auflagen, sondern auch noch *ohne Schulden* - das halten sie für den Dreh. Also verlangen sie „Schuldensreichung“ in einem Fall und „erleichterten Zugang zu Kredit“ in einem anderen, am besten beides zusammen in ein und demselben Fall. Und so geht es dann weiter dahin in dem Wunsch, das Finanzkapital und die internationalen Kreditagenturen sollten den Minderbemittelten der Welt eine Versorgung spendieren. Aktivisten gegen die „Macht der Märkte“, die weder von den tatsächlich waltenden Mächten noch vom Funktionieren der Märkte etwas wissen wollen, können sich selbstverständlich vorstellen, dass den internationalen Spekulanten, die bei Nichterfüllung ihrer monetären Zukunftserwartungen ganze „Realwirtschaften“ zum Erliegen bringen, mit einer „Devisenumsatzsteuer“ gut beizukommen wäre.

1 % etwa - man will ja nicht prohibitiv wirken, aber immerhin doch genug, um Finanzkapitalisten in den längerfristigen Wiederaufbau von Volkswirtschaften ein wenig mit einzuspannen - von denen, die mit dem Entzug ihres Vertrauens innerhalb von zwei Wochen deren kompletten Ruin herbeigeführt haben, das würde es bringen! Wer will, kann sein Ideal eines gerechten Tausches auch in einer selbst-fabrizierten Nische als „Fairtrade“ praktizieren. Er muss nur Händler suchen und finden, die aus dem Verkauf von Tee, Kaffee und Datteln genug verdienen, um einen Teil ihres Gewinns den Produzenten in der ‚Dritten Welt‘ als Spende zurück zu überweisen.

3. Noch ein schöner Konsens der G-7: Einvernehmliche Entsorgung eines nicht genehmigten Tagesordnungspunkts

Neben solchen Vorschlägen bringt die Paarung von Ignoranz und unverwüsthlich gutem Willen aber auch noch etwas zustande: Die Überzeugung, mit allem, was ihnen da so im Kopf umherschwirrt, *moralisch unbedingt im Recht* zu sein, bringen die Globalisierungsgegner auch noch nach Genua mit. Dort werden sie schon erwartet - und dürfen mit der System- und Machtfrage, die sie sich in ihrem Protest weder theoretisch vorgelegt noch praktisch aufgeworfen haben wollen, andersherum Bekanntschaft schließen: „*Gewalt ist dadurch angelegt, dass die Demonstranten die Legitimität der Tagenden bezweifeln. Aber sie sind demokratisch gewählt*“ (Schröder). Die Gewalt, mit der dieser Sympathieträger zusammen mit seinen tagenden Kollegen die Völker schikaniert, ist legitim und daher keine, wer an der Legitimität ihrer politischen Kommandeure zweifelt, daher ein Gewalttäter. Das ist keine Anmaßung, sondern in der Demokratie so „*angelegt*“, und so, indem die Machthaber selbst sie aufwerfen und ihrer praktischen Erledigung zuführen, bedanken sie sich auf ihre Art dafür, dass die Protestierer gar nicht erst auf den „*furchtbaren Fehler*“ verfallen sind, „*die Machtfrage zu stellen*“ (Fischer): Wie schon mit dem Titel „*Globalisierung*“ bestehen sie gegenüber den Demonstranten darauf, dass deren Sorgen bei ihnen in den besten Händen ist - „*die Frage nach der gerechteren Welt ist Thema des Gipfels*“ (Fischer); „*greift uns nicht an, wir sind hier, um die Probleme zu lösen*“ (der italienische Außenminister). Zweifel daran verbitten sie sich und nehmen sie als Angriff auf ihr Deutungsmonopol. Und wer meint, solche äußern zu müssen, bekommt von ihnen eingebläut, dass ihr Imperialismus nichts als geübte Verantwortung für eine gerechtere Welt ist. Das Abräumen der alternativen Problemlöser lassen sie von der Polizei besorgen. Und erst auf *dieser* Ebene lassen sich von denen dann etliche auf die Gewaltfrage ein - und entsprechend verprügeln.

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Intelligenz und Intelligenztheorie

Wie intelligent ist die Intelligenztheorie?

Zwei "Einsichten" stehen felsenfest, wenn von Intelligenz die Rede ist: Erstens: Sie ist eine Sache, die jeder mehr oder weniger sein eigen nennt und die er betätigt, wenn er geistige Leistungen jedweder Art zustande bringt. Zweitens: Diese Gabe zeichnet wesentlich verantwortlich dafür, was aus einem Menschen in unserer Gesellschaft wird. Keine bahnbrechenden Errungenschaften der Intelligencia, sondern Volkswisheiten, die heutzutage sogar als Unterhaltungsgegenstand reüsilieren: "Der große IQ-Test - Wie schlau ist Deutschland?", so der neueste Fernseh-Schlager von Günter Jauch zur besten Sendezeit. Sicherlich: dass alle Erfolgreichen Intelligenzbestien und die, die die unteren Ränge der Berufs- und Einkommenshierarchie füllen, lauter geistig Minderbemittelte seien, sich gar ganze Nationen nach diesem Kriterium sortieren, so will niemand die Gleichung von Intelligenz und Erfolg verstanden wissen. Aber selbst die Witze, die hierzu kursieren und die sich bei der sog. Intelligenz weniger um Blondinen, eher um Politik(er) drehen: gestern um "Birne Kohl", heute um den US-Präsidenten: der angeblich nur von einem Amtsinhaber an fehlender Intelligenz übertroffen worden sein soll, nämlich von seinem eigenen Vater, künden von der Gewissheit, dass sich eigentlich das Gegenteil gehöre, nämlich Erfolg und Intelligenz Hand in Hand gehen müssten. Diese Volkswisheiten bilden auch das Lebenselixier pädagogischer und psychologischer Fragestellungen. So verbreitet diese Auffassungen sind, so falsch und schädlich sind sie auch:

Das Vorurteil "Intelligenz"

Moderne Intelligenztheoretiker geben zu, einer Chimäre nachzujagen. Sie bekennen sich freimütig zu einem Spekulieren, das im populären Vorurteil über das, was ‚intelligent‘ sein soll, seine (einzige) feste Basis erblickt:

"Die ‚Intelligenz‘ gibt es eigentlich gar nicht. Sie ist kein Gegenstand, sondern eine Abstraktion, eine begriffliche Konstruktion, eine sprachliche Übereinkunft über einen nicht unmittelbar aufweisbaren Sachverhalt. Intelligenz läßt sich nicht absolut definieren und ebensowenig, da sie eine Abstraktion ist, unmittelbar beobachten, sondern nur aus dem Verhalten erschließen - gemäß einem sozialen Vorverständnis. Dieses Vorverständnis entscheidet darüber, ob und in welchem Maße ein Verhalten als ‚intelligent‘ zu gelten hat oder nicht." (Hermann Rosemann, Intelligenztheorien, 1979, S. 23)

Das "soziale Vorverständnis" soll das Kunststück vollbringen, dem Verhalten die gesuchte Eigenschaft zuzuerkennen, die an ihm theoretisch gar nicht aufzufinden sein soll. Nur: Entweder charakterisiert die "Intelligenz" das Verhalten, dann

ist sie auch an ihm festzumachen -, oder sie tut es nicht, dann nützt auch kein "Vorverständnis". Dass die "Intelligenz" nicht als Gegenstand "unmittelbar" in der Landschaft rumsteht - was bei einem Begriff auch kein Wunder ist, da er ja Realität erklärt und deshalb nicht mit ihr zusammenfallen kann -, diese erschwindelte "Notlage" soll hier als Argument dafür herhalten, dass Vorverständnis angebracht ist und Spekulation sein muss. Herr Rosemann demonstriert stellvertretend für die ganze Zunft die pure Absicht, eine geheimnisvolle, nicht bestimmbare Fähigkeit namens Intelligenz anzunehmen und als am Verhalten auffindbar zu behaupten.

Das Ganze lebt von der unerschütterlichen Gewissheit, dem auf der Spur zu sein, was man je schon – qua Vorurteil - für erwiesen hält: die unterschiedlichen Begabungsreserven der gesellschaftlich unterschiedlichen Leute. Ganz in dieser absichtsvollen Manier präzisieren Psychologen ihr Such-Objekt:

Intelligenz = Das Können zu können

"Intelligenz ist die Fähigkeit zum Fähigkeitserwerb." (dtvAtlas zur Psychologie, Bd.1)
"Undiskutiert ist, dass unter Intelligenz eine Fähigkeit d.h. eine Bedingung oder ein Bedingungskomplex bestimmter Leistungen zu verstehen ist." (Herder Lexikon der Psychologie, Bd.2)

Da rechnet einer richtig, ein anderer schreibt einen korrekten Satz und ein dritter repariert einen Motor und schon klickert es beim Psychologen gemäß Vorab-Definition. Dass da jemand die Rechenregeln, die Grammatik oder sein Handwerk beherrscht, dieser *Inhalt* des Wissens und Könnens, wird nicht weiter für beachtenswert befunden. Denn hinter all dem soll eine Fähigkeit stecken, die *alles geistige* Können möglich macht und die in all den bestimmten Kenntnissen zum Ausdruck kommt. Jedem bestimmten Können soll also eine Fähigkeit zugrundeliegen, die in *keinem* bestimmten Können besteht, also *nichts* enthält und gerade deswegen alles kann, was ein Mensch je so zum Besten gibt? Diese Idee einer dem Menschen innewohnenden Universalbefähigung für jedwedes Können mag vielleicht dem Traum vom Stein des Weisen entlehnt sein; die irdischen Kunstfertigkeiten und Kenntnisse sind darauf jedenfalls nicht zurückzuführen. Schließlich muss jedes Wissen und Geschick *erworben und angeeignet* werden. Und ist das geschehen, dann fällt das Können ganz mit dem *speziellen Inhalt* des Gelernten zusammen – oder es wurde nichts gelernt, dann wird auch nichts gekonnt. Ein Können neben und getrennt von dem, *was* man kann, gibt es jedenfalls nicht.

Nun bestreitet zwar auch die Intelligenztheorie nicht, dass jede Fertigkeit Stück für Stück erst neu erworben sein will. Aber kaum ist die Fähigkeit erworben, soll sie gar nicht auf die lernende Aneignung des speziellen Wissens oder Geschicks zurückgehen. Dass einer etwas kann, weil er es gelernt hat, wollen Liebhaber der Intelligenz so einfach nicht gelten lassen. Stattdessen wird eine Fähigkeit angenommen, die einerseits die Kenntnisse und Fertigkeiten, über die ein Individuum

verfügt, begründen, aber zugleich die bloße Möglichkeit dazu darstellen soll; Intelligenz gilt als eine Fähigkeit zum Erwerb spezieller Kenntnisse und Fertigkeiten - und das ist ein Unding:

Erstens ist der Schluss von den Leistungen eines Individuums auf eine Fähigkeit dazu *zirkulär*: Woher wissen Psychologen/Pädagogen eigentlich, dass diese Fähigkeit vorliegt? Das zeigt ihnen das Vorliegen einer *bestimmten* Verstandesleistung! Und woher wissen sie, dass die aus einer dahinterliegenden Fähigkeit resultiert? Weil sonst die Verstandesleistung nicht zustandekommen wäre. Quod erat demonstrandum. Ein Beweis, der sich im Kreise dreht: vom Rechnen-Können z. B. wird auf eine allgemeine Fähigkeit dazu geschlossen, deren Beweis wieder in nichts anderem besteht als der Existenz des speziellen Wissens.

Zweitens ist die Konstruktion dieser angenommenen, zugrunde liegenden Fähigkeit *tautologisch*, weil jeder Kenntnis ein Vermögen gleichen Inhalts zugeordnet wird. Zwar ist die *unmittelbare* Verdopplung in Können und dahintersteckender Fähigkeit nach der Devise: wer addieren kann, verfügt über eine Addier-Fähigkeit, selbst bei Psychologen und Pädagogen verpönt, aber mit ein bißchen Generalisierung wird derselbe Unsinn salonfähig: Intelligenztheoretiker konstruieren eine formelle Differenz zwischen Fähigkeit und Äußerung, indem z.B. beim Addieren die allgemeinere Bestimmung festgehalten wird, dass es sich um eine mathematische Leistung handelt, und wiederholen dieselbe Tautologie nur um eine Spur abstrakter. Dem Addieren (= der mathematischen Operation) soll angeblich eine "mathematische Begabung", eine "Fähigkeit zum Erbringen mathematischer Leistungen" zugrunde liegen.

Damit enthält drittens der Un-Schluss von einer Äußerung auf die Fähigkeit eine *Ungleichung*, denn in jedem Können soll sich *zeigen*, was die Intelligenz hergibt, aber immer auch *mehr*: Z.B. soll sich ja im Addieren eine Potenz betätigen, die auch über das Vermögen zu anderen mathematischen Leistungen Auskunft gibt, die also auch Leistungen bestimmt, die mit der geäußerten Operation gerade nicht zusammenfallen. Im Addieren soll sich also die Fähigkeit zu einem Wissen und Können zeigen, das das Individuum im Unterschied zu dieser Rechenoperation (noch) nicht kann. Es dürfte sich zwar kein Pädagoge oder Psychologe zu der gewagten Behauptung versteifen, dass, wer zwei und zwei zusammenzählen kann, auch auf Anhieb die Integralrechnung kapiert; abstrakt ist diese Behauptung aber in der Konstruktion einer "mathematischen Intelligenz" enthalten. Und die Psychologie bekennt sich zu dieser Behauptung in ihrem Ideal, man werde anhand dessen, was einer an Intelligenzleistungen von sich gibt, einmal *prognostizieren* können, was er in seinem Leben noch begreifen wird.

Viertens ist der Rückschluss von einer Verstandesleistung auf eine im Subjekt vorhandene Potenz dazu ein purer Rückfall:

"Nach der Regel, daß man von der Wirklichkeit auf die Möglichkeit, vom Akt auf die Potenz schließen darf, wird hier gefolgert: Wer lernt, der kann auch lernen (d.h. er ist fähig zu lernen)." (Brezinka, Die Pädagogik der neuen Linken)

Ein sauberer "Schluss"! Wenn jemand etwas gelernt hat, dann ist darin sowieso eingeschlossen, dass der Erwerb dieses Wissens *möglich* war. Er hat die Möglichkeit ja längst *verwirklicht*. Man ist mit dieser Erkenntnis keinen Deut schlauer geworden.

Überflüssig ist dieser Gedanke für Pädagogen und Psychologen deswegen noch lange nicht. Sie ziehen Ihren Fehlschluss nur, um die Möglichkeit zu geistiger Leistung als *selbständiges* Ding *neben* die Leistung zu stellen, weil sie die Idee in die Welt setzen wollen, bei allem, was Leute zustande bringen, sei eine die Menschen *determinierende, bestimmende* Kraft federführend beteiligt - auch wenn von ihr hinten und vorne nichts zu bemerken ist.

Intelligenz = (nicht ganz hinreichender) Grund aller geistigen Leistungen

Die scheinbare Plausibilität dieses Gedankens liegt im Hinweis darauf, dass *ohne* Intelligenz zweifellos *nichts* geht. Ganz kulturunabhängig bedeutet Schwachsinn Unfähigkeit zu irgendeiner gesellschaftlichen Existenz; - denken muss man schon können, um in den Genuss von Ausbildung, Beteiligung am gesellschaftlichen Leben etc. zu kommen. Nur beweist dies weder, dass *mit* der Fähigkeit zu denken schon vorgegeben wäre, *welchen* Gebrauch jemand von seinem Verstand macht, noch stellt die Tautologie, dass unbestreitbar seine Denkfähigkeit betätigt, wer denkt und handelt, eine Erklärung von Denken und Handeln dar. Und zu dem "Schluss", die Intelligenz sei die Ursache, der Grund der geäußerten Verstandesleistungen, berechtigt der Umstand, dass über Geist verfügen muss, wer seinen Geist betätigt, schon gleich gar nicht. Auf andere, z.B. physische Voraussetzungen übertragen, leuchtet der Unsinn der Verwechslung von Bedingung und Grund im übrigen sofort ein: Ein nur 1,50 m kleiner Mensch hat selbstverständlich zum Hochspringer nicht das Zeug, weil ihm die körperliche Voraussetzung dafür fehlt. Bloß: Soll deswegen auch schon die Umkehrung richtig sein, dass, wer die Voraussetzung, *ohne* die es *nicht* geht, mitbringt, Hochsprung-Ass wird, bloß *weil* er 1.90 m oder größer ist? Aus wievielen Großgewachsenen ist denn schon ein Hochspringer geworden?

Für Psychologen und Pädagogen ist das Hin und Her dazwischen, die Intelligenz einerseits als Grund jeder geistigen Leistung, andererseits als bloße Bedingung für den Erwerb von Fähigkeiten zu behaupten, allerdings notwendig: Denn einerseits darf die Intelligenz die Verstandesleistungen eines Menschen nicht einfach determinieren; das käme nämlich der kontrafaktischen Behauptung gleich, dass alles Lernen überflüssig sei. Andererseits darf Intelligenz, Geist, auch nicht bloße Bedingung aller Verstandesleistungen sein; dann bliebe ja glatt die Wahrheit übrig, dass, was einer kann und weiß, mit dem *Gebrauch*, den er von seinem Vermögen macht, steht und fällt – und alles Gerede von der Begabung fiel in sich zusammen. Intelligenztheoretiker wollen aber auf die unmögliche Mitte zwischen den beiden sich widersprechenden Aussagen hinaus:

Intelligenz = begrenzt

Die falsche Behauptung, jedes Wissen und Können sei Ausdruck einer Universalbefähigung namens Intelligenz, ist für die Umkehrung dieses Satzes erfunden: Wenn Intelligenz das Mögliche festlegt, dann ist sie auch für das *Unmögliche* verantwortlich. Wenn vorhandenes Können eine Fähigkeit dazu indiziert, dann lässt Unkenntnis auf Unfähigkeit schließen.

“Die in sehr großer Anzahl vorliegenden Definitionen der Intelligenz betonen im wesentlichen vier Sachverhalte. 1. dass es sich um eine Begabung oder eine Gruppe von Begabungen handle, die ein Lebewesen in höherem oder geringerem Maße besitzen kann;...” (Fischer-Lexikon Psychologie)

Sehr bezeichnend: Wenn Pädagogen/Psychologen auch sonst über Intelligenz nichts wissen, zur *Sortierung* von Menschen taugt die haltlose Annahme einer Fähigkeit hinter allen Verstandesleistungen offenbar allemal. Wenn Leute über verschiedene Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, dann ist für Intelligenztheoretiker ausgemacht, dass dafür Unterschiede in der Fähigkeit, etwas zu können, verantwortlich sind. Die *Umkehrung* dieser Tautologie dient dazu, *Schranken* des Geistes in die Welt zu setzen: Dass einer eine Sache nicht beherrscht, soll zeigen, dass er so manches nicht können kann. Im Prinzip jedenfalls: Zwar legt sich kein Intelligenztheoretiker darauf fest, ein Mensch werde niemals eine bestimmte Sache nicht können, bloß weil er sie jetzt (noch) nicht drauf hat. Aber *dass* Unbegriffenes auf eine beschränkte Fähigkeit zum Begreifen hinweist, das soll schon gelten. Unkenntnis, die rationellerweise auf Bildungsbedarf hindeutet, wird hier zum Beweis der Überflüssigkeit bis Unmöglichkeit weiterer Bildungsanstrengungen!

Dabei blamieren Psychologen und Pädagogen diesen fehlerhaften Rückschluss selbst. Denn keiner will behaupten, dass jemand, der die Integralrechnung nicht beherrscht, an der Multiplikation scheitern muss. Somit offenbaren die Individuen eine ganz widersprüchliche Äußerung derselben Fähigkeit: das Beherrschen der Multiplikation zeigt ihr Vorhandensein, das Scheitern an der Integralrechnung ihr Fehlen. Diese beiden einander ausschließenden Bestimmungen erhält die Intelligenztheorie gerade darin aufrecht, dass sie die Behauptung, dieselbe Fähigkeit sei gleichzeitig vorhanden und nicht vorhanden, quantifiziert: Wenn jemand rechnen, aber nicht integrieren kann, dann sei seine mathematische Intelligenz eben zu gering, um das Integral auch noch zu erfassen. Und der Umfang der mathematischen Intelligenz lege angeblich fest, wieviele mathematische Gedanken jemand aufnehmen kann. Diesen Unsinn einmal ernstgenommen, würde jeder Zugewinn an Wissen die Lernmöglichkeiten eines Menschen beschränken, weil jeder neue Gedanke etwas von der begrenzten Intelligenz absorbiert.

Ferner werden hier ganz *disparate* Gedankenoperationen – Rechnen, Geometrie, Algebra, Stochastik etc. - als Äußerung *mengenmäßiger* Anteile *derselben* Fähigkeit behauptet. Diese Zuordnung *konstruiert* an den unterschiedlichen Fer-

tigkeiten der Leute eine abstrakte Gemeinsamkeit, die gleichgültig gegen die Besonderheit der jeweiligen Leistung ist und einzig und allein darin besteht, einen Hintergrund abzugeben, vor dem sich die Individuen unterscheiden. Die "Quantitätstheorie" der Intelligenz verdankt sich einzig einem Sortierungsbedürfnis: Wenn Individuen verschiedene theoretische und praktische Fertigkeiten besitzen, fragt sich die Intelligenztheorie sogleich: *Wieviel* können sie dann können? – *weil* es darum geht, sie auf einer imaginären Potenzskala einzustufen.

Die Behauptung, Intelligenz sei eine Fähigkeit, von der die einzelnen mehr oder weniger abbekommen haben, die Dummen ziemlich wenig und die Gescheiten ziemlich viel, ist nebenbei ganz schön elitär: Selbstverständlich behaupten Kinder und auch Erwachsene immer mal wieder Unsinn, oder tun sich einfach hart, etwas auf die Reihe zu kriegen, wenn sie sich Gedanken über etwas machen, oder kapierten dargebotene Erklärungen nicht. Nur folgt daraus ganz und gar nicht, dass ihnen etwas fehlt, was diejenigen haben, bei denen der Groschen schneller fällt. Einem Irrtum aufsitzen, sich irgendwo geistig "verhaken" kann man überhaupt nur deswegen, weil man *dasselbe* tut wie die "Schlaunen", nämlich seinen Verstand betätigen. Einen Denkfehler kann überhaupt nur einer machen, der nachdenkt – und sich *dabei* vertut. Gedanken können nur falsch oder richtig sein; und falsche Gedanken zeugen von einem Verstoß gegen das Denken, einem Fehler eben, und stellen nicht "weniger" Denken dar als korrekte Urteile und Schlüsse. Nur wenn sich gar nicht erst die Mühe gemacht wird, den Irrtum verkehrter Gedanken auszumachen, tritt an die Stelle des Versuchs, sie richtig zu stellen und die Fehlerhaftigkeit des geäußerten Gedankens zu treffen, der gemeine und inhaltslose Befund, ihr Urheber sei des Denkens nicht mächtig. Das Versagen beim Begreifen einer Sache wird dann zur Folge einer Eigenschaft des Irrenden erklärt, die ihre Wirkung getan hat und einen guten Grund dafür hergibt, den mit dieser Eigenschaft geschlagenen Behinderten sachgerecht zu verachten. Und diese "Eigenschaft" soll dann auch noch ausgerechnet im *Nicht*-Vorhandensein von Verstand bestehen, - von einem "Gut", über das wirklich jedermann verfügt, wenngleich ein ziemlich unterschiedlicher Gebrauch davon gemacht zu werden pflegt.

Die Kategorie Intelligenz ist dagegen nichts anderes als die x-fache Behauptung, die Leistungen der Leute wären ein Index dafür, dass sie selber etwas *an und in sich* hätten, das in ein Mehr oder Minder sortiert werden kann.

Intelligenz = Schlüssel zum Konkurrenzernfolg

Aus den geäußerten *Unterschieden* im Wissen und Können hat der Psychologe also auf eine *innere Hierarchie* unter den Individuen geschlossen. Sehr kühn der Gedanke, denn es zeigt sich diese Hierarchie in den wirklichen Unterschieden gar nicht: Da können die Individuen immer nur etwas ganz *Bestimmtes mehr oder weniger* gut. Wie aber lassen sich ein guter Mathematiker mit zwei linken Händen, ein mittelmäßiger Pianist, ein Autonarr mit Englischkenntnissen und ein Leg-

astheniker, der jeden Schachcomputer besiegt, in eine *Hierarchie* bringen? Theoretisch ist das ein Unding, weil diese Leistungen unvergleichbar sind. Woher weiß unser Intelligenztheoretiker dann, dass unterschiedliche Individuen über abgestufte Mengen derselben Fähigkeit verfügen? Aus seinem tautologischen Gedankengebäude hat er das nicht extrahiert. Umgekehrt: Ein Blick in die bürgerliche Welt hat ihn gelehrt, *dass* die Leute unterschiedlich gebildet herumlaufen, und *dass* der Zugang zu den verschiedenen Stufen in der Hierarchie der Berufe über das Bildungssystem abgewickelt wird. Die bei uns durch die Schule *produzierten* Bildungsdifferenzen und die über das Bildungswesen laufende *Verteilung* der Leute auf die Hierarchie der Berufe sind sein Beleg dafür, dass *sich* die Menschheit sortiert, und zwar angeblich wegen der unterschiedlichen Bildbarkeit ihres Kopfes selbst.

“Was Intelligenz auch sein mag, immer trägt deren Ausmaß, das einem Individuum zugeschrieben wird, mit (?) dazu bei, dessen Platz in der hierarchischen Struktur seiner Gruppe zu bedingen.” (Roth: Begabung und Lernen)

“Ohne Zweifel handelt es sich bei Intelligenz um ein besonders wichtiges Merkmal: Zahlreiche Beobachtungen belegen, dass ein Zusammenhang zwischen der individuellen Ausprägung dieser Variablen und verschiedenen Kriterien (welchen?) für das Fortkommen in Gesellschaften westlicher Lebensart besteht.” (Amelang/Bartussek)

Die Kategorie der Intelligenz interessiert also gar nicht im Hinblick auf die Handvoll intellektueller Operationen, welche die Verstandesleistungen ausmachen, sondern wegen gewisser Wirkungen, die man ihr zuschreibt: Sie soll den *individuellen Grund für Erfolg und Misserfolg in der Konkurrenz* abgeben. Die moderne psychologische Befassung mit der Intelligenz nimmt ihren Ausgangspunkt gar nicht bei der Betrachtung von Verstandesleistungen, sondern es geht um eine *Deutung* der Konkurrenz: Wieviel Bildung einer in der Schule verpasst bekommt, an welcher Stelle der Hierarchie der Berufe er ins Erwerbsleben einsteigt, ob er darin auf oder absteigt, das soll irgendwie, irgendwie aber bestimmt an der intellektuellen Ausstattung des Betreffenden liegen. Die Idee ist diejenige *des gerechten Erfolgs* - wohin die Konkurrenz ein Individuum befördert, soll seiner ganz persönlichen Eigenart geschuldet sein und also *ihm entsprechen* -, und sie ist deshalb eine *fixe* Idee, weil erstens die Kriterien, nach denen hierzulande tatsächlich über Erfolg oder Misserfolg entschieden wird, in der Intelligenzbestimmung überhaupt nicht auftauchen. Über das bestimmte Verhältnis von Intelligenz und Erfolg wird mit keinem Wort geredet. Als Beleg dient nichts anderes als der plumpe Fingerzeig, *dass* doch glatt manch einer das Rechnen beherrscht, ein anderer dagegen nicht, kombiniert damit, *dass* man jedenfalls immer mehr oder weniger fortkommen kann, also eine gesellschaftliche Hierarchie existiert, um die konkurriert wird. Fix ist sie zweitens deshalb, weil sie stur durchgehalten wird, obgleich alles, was dagegenspricht, sehr wohl bekannt ist: “Eine hohe Korrelationen zwischen IQ und den verschiedenen möglichen Lebenserfolgen ist gar nicht zu erwarten”. Natürlich ist ein funktionierender Verstand keine Erfolgsgarantie, aber die Voraussetzung dafür, dass man zu was kommt schon. Insgesamt gesehen haben Ansehen

und Einkommen mit Intelligenz nichts zu tun, für den einzelnen aber alles - was denn nun?

Intelligenz: Zum Verhältnis von Volksvorurteil und Wissenschaft

Ein in sich absurdes und reichlich kontrafaktisches Bild dessen, wie hierzulande individueller Erfolg zustandekommt. Es weiß ja jeder, dass in diesem unserem Lande für die Mehrheit von vornherein Dienste vorgesehen sind, die sich für andere lohnen müssen und die deshalb für die "abhängig Beschäftigten" gerade den Lebensunterhalt abwerfen, und den nicht einmal sicher; und dass eine wohltdotierte Minderheit über die Benutzten entscheidet und sie medizinisch sowie ideologisch betreut. In diese zweite Abteilung der Berufshierarchie strebt doch jeder Schüler, der mehr oder minder beflissen seinen Kopf in der geforderten Weise anstrengt. Es wundert sich auch niemand, dass in der staatlich veranstalteten Ausbildungsselektion mehrheitlich Verlierer herauskommen, ebensowenig darüber, dass die berufliche Konkurrenz neben etlichen Aufsteigern massenhaft Absteiger produziert. Was soll denn auch sonst herauskommen, wenn die maßgeblichen Interessen von Staat und Ökonomie die Kriterien für die intellektuelle und psychische Brauchbarkeit der Leute aufstellen, die Leute unter dem Zwang ihres Lebensunterhalts darum konkurrieren lassen, wer diesen Anforderungen entspricht, und sich dabei ein freies Urteil vorbehalten, wieviele und wen sie wozu benutzen wollen! An diese *Abhängigkeit* hat die Menschheit sich längst gewöhnt. Aber den *eigenen* Erfolg, den will schon jeder so auffassen, dass der vor allem auf eine besondere Qualität der eigenen Persönlichkeit zurückzuführen sei. Und erst den eigenen *Misserfolg*! Da will keiner auf den betrübten Kommentar verzichten, dass seine höchstpersönliche Ausstattung mit Verstandeskräften zu mehr eben nicht gereicht habe, so dass er selbst, aber auch sonst niemand etwas dafür kann. Damit bessert sich die Stimmung auch schon wieder, weil mit diesem Unsinnsgedanken jeder seine Stellung, mag sie ihm noch so viel Anlass zu Unzufriedenheit geben, als den *ihm möglichen Erfolg* definiert und auf andere herabsehen kann, die intelligenzmäßig noch minderere bemittelt sind als er - so dass jeder Arsch sich an "seinem" Platz gut aufgehoben sieht. Die Vorstellung von der geheimnisvollen Fähigkeit Intelligenz, von der man nicht viel weiß, aber eines gewiss wissen will: dass der Erfolg der Individuen in der Konkurrenz von ihr abhängt, diese Vorstellung stellt gar keine Theorie der Verstandesleistungen dar, sondern einen *moralischen Kommentar zur Konkurrenz*.

Daran ändert sich auch nichts, wenn die psychologische Wissenschaft sich der Intelligenz annimmt. Sie kritisiert die populäre Moral nicht - sie geht von ihr aus und *radikalisiert sie theoretisch*: Die bürgerliche Konkurrenzideologie behauptet, dass sowohl die Brauchbarkeit, zu der die Individuen hergerichtet sind, wie der Erfolg, der ihnen gewährt wird, in ihrer Individualität begründet seien. Diesen Rassismus der Konkurrenz verabsolutiert die Intelligenztheorie in gewisser Weise: Sie eliminiert die soziale Hierarchie der bürgerlichen Gesellschaft völlig und

konstruiert eine neue, von allem Gesellschaftlichen gereinigte Abstufung, eine rein menschliche Hierarchie der Intelligenzunterschiede und IQs, an denen entlang *Menschen sich* sortieren. Das, was sie *sind*, sei das, was sie *aus sich gemacht* haben, gemäß den Äußerungen der Fähigkeiten, die in ihnen stecken. Mit der Erfindung einer Befähigung zum Können und seiner quantitativen Differenz hat die Idee eines unterschiedlich großen Schlüssels, den einer in seiner Person besäße, theoretische Gestalt angenommen. Diese Idee ist dann sogar einer gesellschaftskritischen Verwendung fähig: Ob hierzulande und anderswo die potentiellen Schlüssel zum Erfolg in den Subjekten genügend geschmiedet werden und ob die Gesellschaft ausreichend passende Schlösser zur Verfügung stellt, heißt die Frage, die nicht die gesellschaftliche Selektion, sondern deren Perfektheit in Frage stellt.

Intelligenz = das Geschick, sich ins Schicksal zu schicken

“2. dass diese Fähigkeit die Lösung konkreter oder abstrakter Probleme und damit die Bewältigung neuartiger Situationen ermöglicht; 3. dass sie das bloße Herumprobieren und das Lernen an dessen sich zufällig einstellenden Erfolgen weitgehend erübrigt” (Fischer-Lexikon,ebd.)

„Gemeinsam ist indessen den meisten Definitionen, daß sie als das wesentliche Moment der Intelligenz die Fähigkeit bezeichnen, sich in neuen Situationen aufgrund von Einsichten zurechtzufinden oder Aufgaben mit Hilfe des Denkens zu lösen, ohne daß hierfür die Erfahrung, sondern vielmehr die Erfassung von Beziehungen notwendig ist. So definiert z.B. W. Stern Intelligenz als die Fähigkeit, das Denken auf neue Forderungen einzustellen, bzw. als die allgemeine geistige Anpassungsfähigkeit an neue Aufgaben und Lebensbedingungen.“ (Dorsch, Psychologisches Wörterbuch, Stuttgart 1987)

Probleme lösen zu können, ohne ständig das Falsche auszuprobieren und ausbleibendem Erfolg nachtrauern zu müssen – das bietet die Intelligenztheorie als Konkretion der ominösen Innenausstattung an. Ein mattes Angebot! Intelligenz soll darin bestehen, dass sie “Herumprobieren” und “Erfahrung” erübrigt, indem sie *deren* Resultat durch “Erfassen von Beziehungen” vorwegnimmt.

Einmal abgesehen davon, dass Intelligenztheoretiker auch hier wieder unter Abstraktion von allem bestimmten Wissen und allen bestimmten Fertigkeiten auf eine Universalbefähigung zum Problemlösen überhaupt schließen, - sie können offenkundig auch die einfachsten geistigen Leistungen und deren Resultate nicht unterscheiden. “Erfahrung” ist nämlich selber eine Intelligenzleistung – die Kenntnisnahme dessen, womit man es zu tun hat, in der Weise, wie man damit konfrontiert ist -, und für das “Erfassen von Beziehungen” ist diese Kenntnisnahme allemal unterstellt. Dieses “Erfassen”, Begreifen ist wiederum eine ganz andere Anstrengung als das “Herumprobieren” an unbegriffenen Gegenständen. Und der Unterschied von Begreifen und Herumprobieren liegt nicht, wie von der Intelligenztheorie angenommen, in der Eleganz der praktischen Problemlösungen. Darüber hinaus hängt der Umstand, ob überhaupt, und wenn ja, wie sich ein Problem lösen lässt, ganz davon ab, worin das Problem besteht, weswegen manchmal ein blindes Huhn ein Korn findet, während andere “Situationen” so beschaffen sind, dass der-

jenige, der darin steckt, über keinerlei Mittel der “Problemlösung” verfügt, selbst wenn er sich alles richtig erklärt hat.

Es stimmt auch nicht, dass “*das Leben*” bzw. “*neue Lebensbedingungen*” den Menschen “*Probleme*” stellen und neue Aufgaben vorgeben, an deren “*Bewältigung*” sie sich dann abarbeiten würden. Mit dieser Behauptung werden feine, aber nicht unerhebliche Differenzen erschlagen: Wer darüber nachdenkt, woran sein kaputter Motor krankem könnte, der hat *sich* dieses Problem gestellt, weil er ein *Interesse* an der Benutzung eines funktionsfähigen Autos hat. Ein kaputter Motor jedenfalls verteilt keine Aufgaben, die gelöst werden müssten. Und derselbe kaputte Motor hat – *je nach Interessenlage* – für verschiedene Zeitgenossen eine höchst unterschiedliche Bedeutung: für den Automobilhersteller ein Imageproblem, für die Werkstatt ein Geschäftsproblem, und für den Autobesitzer je nach Beschaffenheit des Geldbeutels nur ein Fortbewegungs-, oder ein Fortbewegungs- und Geldproblem. Auf der anderen Seite gibt es Probleme, weil einem die Maßstäbe, nach denen man sich zu richten hat, *von außen vorgegeben* werden, z.B. in der Schule: Da definiert nicht das Interesse des Schülers an Aufklärung, welches Problem zur Klärung ansteht. Hier definiert bekanntlich der Lehrer die Aufgabe und die Klasse arbeitet sich daran ab, weil sie weiß, dass der Aufgabensteller die Kompetenz besitzt, über ihren schulischen Werdegang zu befinden. Doch selbst hier, wenn der Lehrer sie mit den vom ihm für befassungswürdig gehaltenen Problemen konfrontiert, spannen die Schüler ihren Verstand nicht grundlos ein, nur weil Anforderungen an sie gestellt werden und ihr Problemlösungsorgan seine Funktion aufgenommen hätte. Sie *wollen* eben weiterkommen in der Schule und wissen, dass dies nur auf diese Weise läuft. Aber auch der Unterschied zwischen Aufgaben, die man sich aus freiem Entschluss *setzt*, und solchen, um die man *nicht herumkommt*, wenn man für sich keinen anderen Weg sieht, als sich an der Konkurrenz zu beteiligen, spielt für die Intelligenztheorie keine Rolle. Sie stellt es als *Eigenart der Intelligenz* hin, sich vom “*Leben*” die “*Probleme*” diktieren zu lassen, und über die Maßstäbe und Wege zu ihrer Bewältigung *als Fähigkeit* zu verfügen, die dann nur noch aktiviert werden muss.

Wegen dieses Konstrukts lassen die Intelligenztheoretiker nicht ein einziges bestimmtes Anliegen und nicht ein einziges bestimmtes Problem vorkommen, wenn sie dem Denken das Kompliment des *ins Individuum eingebauten Problemlösers* machen. Sie unterscheiden nicht einmal zwischen einem theoretischen Problem, welches sich beim Nachdenken über ein Stück Wirklichkeit ergibt und für das in der Tat einzig das Nachdenken als “*Problemlöser*” in Frage kommt, und einem praktischen Problem, also dem Scheitern eines Interesses – und schlagen mit dieser Begriffslosigkeit den Nutzen tot, den die Intelligenz gerade für jemanden hat, der sich mit einem praktischen Problem herumschlägt: Welche Instanz, wenn nicht sein Nachdenken, könnte denn einen Menschen darüber aufklären, ob der Misserfolg darauf beruht, dass er vorhandene Mittel für die Realisierung seines Interes-

ses inadäquat angewandt, also einen Fehler gemacht hat, oder ob seine "Situation" solche Mittel überhaupt nicht bereithält, er also etwas an seiner Lage ändern muss, um seine Anliegen voranbringen zu können? Und das ist keine *Anpassungsleistung* an "neue Lebensbedingungen": Wer über seine Lebensbedingungen nachdenkt, der macht vernünftiger Weise vom *Ergebnis* seiner Beurteilung abhängig, ob diese Lebensumstände fürs eigene Interesse brauchbar sind oder nicht. Im zweiten Fall wäre nicht *Akkomodieren*, sondern *Verändern* angesagt. Nachdenken führt nicht zu Anpassung, sondern zum Gegenteil: Wer ermittelt hat, wie die Atomspaltung funktioniert, der hat sich - zunächst theoretisch - zum *Herren* der Sache gemacht. Theoretisch hat er die Kernreaktion im Griff, auch wenn dies das Wissen einschließt, dass die Atomkraft nicht beherrschbar ist und ihr Einsatz daher besser unterbleibt. Eben diese theoretische Souveränität – die entscheidende Voraussetzung für korrektes Eingreifen in den Lauf der Welt im Sinne des eigenen Interesses – machen die Intelligenztheoretiker mit ihrer Gleichsetzung des Denkens mit "allgemeiner geistiger Anpassungsfähigkeit an neue Aufgaben und Lebensbedingungen" nieder. Unter dem Stichwort "Problem" denken sie zwar an das Verhältnis des Menschen zu den Anforderungen, mit denen er konfrontiert wird, wie zu den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, aber ganz leer als mögliche Differenz zwischen der - nicht näher bestimmten - Individualität und ihrer - ebenso unbestimmten - "Umwelt"; und diese Differenz muss so unbestimmt gefasst sein, wenn wie selbstverständlich jedes "Problem" einen einzigen *Auftrag* darstellt, sich an die Anforderungen der Realität anzupassen – zu dessen Erfüllung mit der "Intelligenz" auch die im Geiste vorhandene Fähigkeit zur Akkomodation vorliegt.

Von dieser geistigen Anpassungsfähigkeit soll laut Psychologie abhängen, wie man sich im *praktischen* Leben *zurechtfindet*, ob man zu den Siegern oder Verlierern gehört. Und das ist die nächste Unwahrheit, weil die *theoretische* Beherrschung einer Sache noch lange nicht dasselbe ist, wie deren *praktische*: Was das Wissen z.B. um die Schädlichkeit von AKWs praktisch taugt, entscheidet sich noch allemal an den *Mitteln*, die eigene Einsicht auch in die Tat um- also durchzusetzen. Und diesbezüglich sind bekanntlich eine ganze Menge schlauer Atomkritiker gescheitert. Die überlegene Staatsgewalt hat ihre *Einsichten* einfach für *praktisch belanglos* erklärt, also praktisch *wirkungslos gemacht*. Ihr "Problem" mit AKWs ist ihnen also erhalten geblieben. Mit der Gleichung, ein intelligenter Gedanke sei dasselbe wie der praktische Erfolg seiner Umsetzung, unterstreicht die Intelligenztheorie eben nur ihren Ausgangspunkt, dass *Erfolg* im "Leben" eine Frage der *Intelligenz* sei und dass umgekehrt ein *scheiterndes* Interesse nichts anderes zeige, als ein *Intelligenzdefizit* seines Inhabers.

So mündet die ganze Theorie zirkulär in dem Rassismus der Konkurrenz, von dem sie ausgeht, und den jeder herunterbeten kann: Erfolgreiche Durchsetzung in der Welt von Geschäft und Gewalt kommt eben von der "Problemlösungsfähigkeit". Und da *als "Problem"* nur gilt, was die Durchsetzung in der Konkurrenz den

Leuten jeweils abverlangt, lässt sich die Sache noch kürzer zusammenfassen: Erfolg ist eine Sache der *Intelligenz*, weil diese nichts ist als - *Erfolgsfähigkeit*.

Was also leistet die Intelligenztheorie?

Sie reinigt die Ideologien, die die Konkurrenz bzw. deren Resultate zu einem den Individuen gerecht werdenden Schicksal stilisieren, von allen Erinnerungen an den gesellschaftlichen Charakter der Selektion. In der Optik der Intelligenztheorie gibt es eine Welt, die prinzipiell ganz gut zum Menschen passt, und einen Menschen, der prinzipiell genau so gut zur Welt passt, und wenn diese Harmonie nicht gleich vorhanden ist, dann verfügt der Mensch in seinem Intellekt über ein prima Mittel, sie herzustellen. Diese Theorie will vom Rest der Welt ebensowenig wissen wie davon, wie die Leistungen der Intelligenz beschaffen sind. Sie erhält ihren Inhalt dadurch, dass sie die abstrakte Vorstellung einer Harmonie von Mensch und "Umwelt" nach der Seite auslegt, dass deren Zustandekommen vom denkenden Subjekt abhängt, und mit dieser Auslegung der abstrakten Gleichung von Mensch und Welt definiert sie den Intellekt als die humane Potenz dafür. Er gilt als das Organ, durch das der Mensch sich auf die "Umwelt" einstellen kann. Diese Lehre vom Glück durch Anpassung und vom Verstand als der seelenorganischen Ausstattung dazu ist dümmlicher als der wirklich praktizierte Opportunismus: Der Opportunist muss immerhin wissen, dass die ihm vorgegebenen Umstände nicht im Einklang mit seinem Interesse stehen, weil er deswegen versucht, durch kalkulierendes Abstand-Nehmen von seinem Interesse dieses dennoch zu realisieren. Die Intelligenzlehre ist ungefähr so schlau wie die *Ideologie des Opportunismus*, derzufolge die Vorgaben, denen das Individuum genügen muss, und sein Interesse sich letztlich immer in Einklang bringen lassen, wenn der Mensch es nur schlau genug anstellt. Natürlich ist den 'Glück-durch-Anpassung-mittels-Intelligenz'-Theoretikern bekannt, dass die Individuen mit ihrer Ausstattung zum gedeihlichen Zurechtkommen mehrheitlich herzlich schlecht zurechtkommen. Das müsste sie als Theoretiker irritieren, aber als Leute, die in der demokratischen Konkurrenzgesellschaft fest beheimatet sind, irritiert sie das überhaupt nicht – es ist ihnen vielmehr selbstverständlich: Sie fassen das Scheitern von Individuen nicht als Gegensatz von Subjekten zu ihrer "Situation", sondern als Index dafür, dass unterschiedliche Leute eben in verschiedenem Grad realisieren, was *der Mensch als denkendes Wesen sein soll*.

Das ist der methodische Radikalismus des Fachs Psychologie, durch den sie sich ihren Gegenstand zurechtlegt: Gesucht ist ein menschlicher Grund für menschliche Unterschiede. Dieses Objekt nennt sie noch Intelligenz, dispensiert sich aber sofort von der theoretischen Aufgabe, die Leistungen der Intelligenz zu bestimmen, indem sie sich dazu bekennt, von der Intelligenz nichts wissen zu wollen. Stattdessen legt sie sich die Leistungen dieses unbekanntes Wesens munter aus ihrem eigenen Menschenbild zurecht, demzufolge Mensch und Umwelt stets zum harmonischen Ausgleich streben - dann kann die *Intelligenz nur ein Organ dieses*

Ausgleichs sein, eine Fähigkeit neben und über anderen ebensolchen Fähigkeiten. Damit hat die Psychologie die Intelligenz in die abstrakte kategoriale Hinterwelt eingeordnet, die sie verwaltet, und zwar wie ein Geheimnis, weil die Intelligenz ein Generator ist, dessen Wirken aber dem, was im tatsächlichen Denken und Tun der Leute zutage tritt, gar nicht zu entnehmen ist. Damit sind die vulgären Ideologien, von wegen jeder wäre seines Glückes Schmied, in eine regelrechte Geheimtheorie verfabelt, an denen die Zunft selber noch herumrätselt. Diese hochgestochene Fassung des vulgären Unsinnns taugt zwar nicht mehr dazu, bestimmte Selektionsergebnisse zu rechtfertigen, sich über ein Scheitern zu trösten oder mit einem Erfolg anzugeben. Aber zu einem taugt sie schon: Gerade indem sie den dünnsten Aufguss der Ideologie in methodisch verdrehselter Form vorträgt, liefert sie deren *wissenschaftliche* Beglaubigung.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

Nach den Terroranschlägen in Amerika **Vorrang für die Staats-Sicherheit**

Schnell mündet das Erschrecken über die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon in die sehr praktische Frage, wie so etwas möglich sein konnte – und was getan werden muss, damit es in Zukunft unmöglich wird. Wer so fragt, will nicht wissen, warum diese Weltordnung und die Macht, die sie garantiert, sich so radikale, gegen sich und andere rücksichtslose Feinde macht, sondern steht auf dem Standpunkt der angegriffenen Staatsmacht und wird von da aus selbstkritisch: Möglich sind solche Anschläge nur, weil "Wir" es "Dem Bösen" erlaubt haben, unsere Freiheiten zu missbrauchen.

Dieser Missstand soll nun beseitigt werden: Der Staat muss seine Gesellschaft effektiver unter Aufsicht nehmen und dafür sorgen, dass er alleweil weiß, was die Leute in seinem Herrschaftsbereich treiben. Die Freiheit des Bürgers und ihre Unterabteilungen – Privatsphäre, Datenschutz, Bankgeheimnis, rechtsstaatliche Prozeduren bei der Verbrechensbekämpfung und beschränkte Polizeibefugnisse – alles das gilt jetzt als Sicherheitsrisiko, das sich Deutschland angesichts der Bedrohung nicht mehr leisten darf.

Eine schöne Auskunft wird da über die liberale Ordnung gegeben: Freiräume werden nur gewährt, wenn der Staat unangefochten herrscht und niemand wider den Stachel löckt. Alles andere ist Missbrauch der Freiheit. Wo der vermutet oder entdeckt wird, geht die Macht des Staates, der die Freiheit schützt, vor, und die Freiheit der Bürger wird beschränkt.

Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit: Die Darstellung der Freiheitsrechte als schöner, aber gefährlicher Luxus unterschlägt, dass sie eben kein Luxus und auch kein Verzicht auf Indienstnahme des Bürgers für Staat und Wirtschaft sind, sondern vielmehr deren bürgerliche Grundform. Der freie Bürger darf und muss sich selbst um seinen Gelderwerb kümmern – und kann gar nicht umhin, sich dabei fürs Kapitalwachstum und für den Fiskus nützlich zu machen. Diese Freiheit wird auch nicht abgeschafft, sondern durch ihre Einschränkung geschützt. Der Konflikt zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen dem Imperativ zum freien Konkurrieren und der hoheitlichen Aufsicht über das Tun und Lassen der Freien gehört zum Betrieb und ist deshalb auch schon ein bisschen älter als die neuesten Initiativen zur Terroristenbekämpfung. Manche der neuen Verschärfungen hatte Innenminister Schily schon vor den Anschlägen in der Schublade; ihm fehlte zu ihrer Durchsetzung nur die parlamentarische Mehrheit.

Jetzt werden sie unter dem Beifall der Deutschen beschlossen, die vor 15 Jahren ihrer Regierung wegen einer Volkszählung einmal das Schlimmste zugetraut hatten: Misstrauen gegen die Bürger, Schnüffelstaat, Gesinnungsprüfung, Repression. Heute zielt die verschärfte Aufsicht aufs Aufstöbern islamistischer Geheimbünde – und da sehen sich die Deutschen nicht betroffen. Wenn es darum geht, dass verdächtige Ausländer geschnappt werden, lassen sich die Deutschen gerne durchleuchten. Sie merken, dass sie den Schutz ihrer Daten und ihrer Privatsphäre vor dem Staat gar nicht brauchen: Wer keinen Dreck am Stecken hat, muss sich nicht fürchten, ein "gläserner Bürger" zu sein.

Vortrag mit Diskussion

**ORT: Ex-Komm, K4 im Künstlerhaus, Festsaal
Nürnberg, Königstr. 93**

ZEIT: Donnerstag, 08. November 2001, 20.00 Uhr

Internet: gegenstandpunkt.com

Sozialistische Gruppe (SG)

Die SG veranstaltet regelmäßige Diskussionsveranstaltungen, die allen Interessierten offen stehen. Die Themen werden durch Aushang bekannt gegeben.

Geschichte als Argument

Was hat man vom seltsamen Gegenstand der Geschichtswissenschaft: "der Vergangenheit" zu halten? Was bringt alles, was schon länger her ist, vom Neandertaler bis zum Faschismus, unter den einen Hut der Geschichtswissenschaft?

Warum beurteilt ein Historiker bei vergangenen Metzeleien nicht, *welche Zwecke* da gegeneinander standen, sondern nach *Herkunft, Erfolg* und *Dauerhaftigkeit*? Als was wird man denn reklamiert, wenn der Auftrag an einen ergeht, "geschichtlich" zu denken? Als was anderes als ein Teilchen eines sich durch die Zeit vollbringenden Ganzen, oder gar als Teil der Nation? Und auf was anderes als ihre Absichten berufen sich eigentlich Politiker, wenn sie im "geschichtlichen Auftrag" unterwegs sind?

Solche Fragen werden sicherlich nicht in Vorlesungen an der Uni gestellt, geschweige denn beantwortet. Wir wollen das nachholen und einmal das "geschichtliche" Denken einer Prüfung unterziehen. Nämlich am:

**Mittwoch, den 31. Oktober 2001,
um 20.00 Uhr c.t.**

im Gebäude des Sprecherrats,
Turnstr. 7, Erlangen

Mittwoch, 14. November:
Fortsetzung des Themas "Geschichte"

Mittwoch, 28. November:
„Was ist und wofür steht "Globalisierung"?"

Weitere Informationen und Texte unter

www.sozialistischegruppe.de

**mittwochs
20.00 Uhr c.t.
alle 14 Tage**

**Sprecherrat
Turnstr.7
Erlangen**

Wintersemester
2001/2002:

31. Oktober

**14. November
28. November**

12. Dezember

**9. Januar
23. Januar**

6. Februar